Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1538. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 129. **Mittwoch, 6. Juni 1923, abends.** **76. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für Juni 6500.— Mark einschl. Bringerlohn. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 350.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 200.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa.
Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Amtshauptmannschaft macht erneut darauf aufmerksam, daß Tierkadaver aller Art mit der Haut sowie das für die menschliche Nahrung verworfene und untaugliche Schlachtvieh gemäß den mit dem Fleischmehlfabrikanten **Stade** in Großenhain getroffenen und den Gemeindebehörden übersandten Vereinbarungen an diesen abzuliefern sind. Die Gemeindebehörden und die Gendarmerie haben darauf zu achten, daß diese Bestimmungen beachtet werden. Zuwiderhandlungen sind anzuzeigen und werden strafrechtlich verfolgt.

Großenhain, am 22. Mai 1923. 140 E I. **Amtshauptmannschaft.**

Die Amtshauptmannschaft hat nach Gehör des Bezirksausschusses eine neue **Brunnenordnung** erlassen, in der die den gegenwärtigen Zeitverhältnissen entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen enthalten sind.

Den Bauherren und Baugeschäftsinhabern wird hiervon mit dem Bemerken Kenntnis gegeben, daß diese Ordnung in der Amtshauptmannschaft sowie bei den Gemeindeämtern eingesehen werden kann. Allen Beteiligten wird zur Vermeidung von Zuwiderhandlungen, die strafrechtlich verfolgt werden können, dringend empfohlen, in die Brunnenordnung Einsicht zu nehmen.

Großenhain, am 31. Mai 1923. 113 E I. **Amtshauptmannschaft.**

Auf Blatt 300 des Handelsregisters, **Kniffe & Bulir, G. m. b. H. in Riesa** betr., ist heute eingetragen worden: Der Liquidator Reinhold **Kniffe** ist durch Tod ausgeschieden.

Amtsgericht Riesa, den 3. Juni 1923.

Auf Blatt 632 des Handelsregisters, **„Riesaer Möbelfabrik Norekat & Oehme, Aktiengesellschaft in Riesa"** betr., ist heute eingetragen worden: Die Generalversammlung vom 24. März 1923 hat die Erhöhung des Grundkapitals um fünf Millionen Mark, in zweitausendfünfhundert Stammaktien zu je zweitausend Mark zerfallend, mithin auf zehn Millionen Mark beschlossen. Die Erhöhung ist erfolgt. Der Gesellschaftsvertrag ist durch den gleichen Beschluß laut Notariatsprotokolls vom 24. März 1923 in §§ 4, 13, 23 abgeändert worden. Der Preis, zu dem die neuen Aktien ausgegeben werden, beträgt 400%, zuzüglich 4% Stückzinsen ab 1. Januar 1923.

Amtsgericht Riesa, den 4. Juni 1923.

Der unterzeichnete Kirchenvorstand bittet die Glieder der ev.-luth. Kirchengemeinde Riesa mit Poppitz und Mergendorf um **Vorauszahlungen** auf die nächste Kirchensteuer in Höhe von 20 Prozent der Reichseinkommensteuer auf das Einkommen von 1922.

Der Kirchenvorstand.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 6. Juni 1923.

—* **Kirchliches.** Der Kirchenvorstand bittet im amtlichen Teil der heutigen Nummer um Vorauszahlungen auf die nächste Kirchensteuer. Die Zahlungen können in der Pfarramtskanzlei oder auf das Postscheckkonto (Dresden 34621) der Kirchkasse oder auf das Stadtgirokonto 18 oder bei der Riesaer Bank erfolgen.

—* **Operetten-Aufführung des M.-G.-V. „Sängerkranz".** Die gestrige Wiederholung der dreiaktigen Operette „Das Glücksmädel" hatte sich wiederum sehr guten Zuspruchs zu erfreuen. Der Höpfnersche Saal war bis auf den letzten Platz ausverkauft. Auf die Leistungen der einzelnen Darsteller nochmals besonders einzugehen, dürfte sich erübrigen. Es wurde ausnahmslos Vorzügliches geboten. Die Rolle des Barons Hans-Waldemar v. Lerchenfeld, Lottes Partner, hatte diesmal Herr Lehrer Meyer-Gröditz übernommen, dessen gesangliche und darstellerische Gaben der Aufführung zu vollem Gelingen verhalfen. Er bewies, daß durch geeignete Besetzung eine scheinbar etwas nebensächliche Rolle doch zu einem ausschlaggebenden Faktor emporgehoben werden kann. Verschiedene besonders ansprechende Gesangsnummern mußten auch gestern wiederholt werden. Und als am Schlusse Herrn Lehrer Golle, der als ruhiger, umsichtiger Dirigent seines Amtes waltete, sowie mehreren Darstellern Blumenspenden überreicht wurden, kam die Begeisterung des Publikums nochmals zum Ausdruck. Rauschende Beifallsstürme durchhallten das Haus. Die geschmackvolle Bühnenausstattung im zweiten Akt, die diesen zum Höhepunkt des Ganzen stempelte, sowie die tadellose Garderobe verdienen anerkannt zu werden. Hochbefriedigt verließ man die Stätte köstlicher Unterhaltung, zugleich in dem Bewußtsein, der Freiwilligen Sanitätskolonne, deren Kasse der Reingewinn zufließen soll, ein Scherflein geopfert und somit das Werk edler Nächstenliebe gefördert zu haben. — Der verspätete Beginn hätte allerdings vermieden werden müssen.

—* **Die neuen Postgebühren.** Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, werden die Postgebühren vom 1. Juli ab erhöht. Die neue Verordnung ist bereits eingebracht. Die Postkarte wird danach im Stadtverkehr 100 Mark, im Fernverkehr 200 Mark, Briefe werden bis zu 20 Gramm im Stadtverkehr 200 Mark, im Fernverkehr 400 Mark, bis zu 100 Gramm im Stadtverkehr 300 Mark und im Fernverkehr 500 Mark usw. kosten, Drucksachen bis 25 Gramm 100, bis 50 Gramm 200, bis 100 Gramm 300 Mark usw., Pakete bis 3 Kilogramm (erste Zone) 900 Mark, Auslandsbriefe bis 20 Gramm 1000 Mark. Die Telegrammgebühren werden gegenüber den bestehenden Sätzen um das dreifache, die Telephongebühren um das siebenfache erhöht.

—* **Gemeindeneuwahlen im Herbst.** Aus einer Auslassung des sächsischen Ministers des Innern, Liebmann, geht hervor, daß bestimmt noch vor den Sommerferien mit der Verabschiedung der neuen Gemeindereform zu rechnen ist. Der vom Landtag zur Vorberatung dieser Vorlage eingesetzte Sonderausschuß wollte am Montag seine Arbeit aufnehmen. Die Neuwahlen für sämtliche Gemeindevertretungen müssen im Herbst vorgenommen werden und die neue Gemeindeordnung soll am 1. April 1924 in Kraft treten.

—* **Zur Bürgermeistertagung** waren 58 juristische Bürgermeister der sächsischen Städte mit rev. Städteordnung am Sonnabend und Sonntag in Oschatz anwesend. Der Sonnabend-Nachmittag und der Sonntag-Vormittag waren mit Verhandlungen angefüllt. Am ersten Tage bildeten folgende Punkte Gegenstand der Beratung: Girokassen und Stadtbanken, Städtische Wohlfahrtspflegebezirke, Staatsbeihilfen für Polizeiwesen und Straßenbau, Oertliche und staatliche Polizei. Die Tagesordnung des zweiten Tages brachte Vorträge und Aussprache zu folgenden Themen: Sozial- und Kleinrentnerbeihilfe, Steuerpflicht der Gemeinden und Gemeindebetriebe, Gemeindereform, Gemeindelehranstalt. Die Verhandlungen waren nicht für die Oeffentlichkeit bestimmt. Als Ort der nächstjährigen Versammlung wurde Dippoldiswalde bestimmt.

—* **Die mit dem Landtage unzufriedenen Kommunisten.** Unter der Ueberschrift: „Wie der Landtag in den Ausschüssen fieberhaft arbeitet" schreibt der kommunistische „Kämpfer": Der Landtag hat beschlossen, keine Vollsitzungen abzuhalten, damit die Tage für die Ausschüsse frei werden. Wir haben dieses Verfahren als feiges Kneifen vor politischen Entscheidungen denunziert. Unsere Auffassung wird vollauf bestätigt; denn die Ausschüsse nützen die freien Tage gar nicht aus. Die beiden wichtigsten Ausschüsse, Haushaltausschuß A und Rechtsausschuß, verhandeln am Donnerstag, wo eigentlich Vollsitzung sein sollte, überhaupt nicht; der Rechtsausschuß hielt auch am vergangenen Mittwoch keine Sitzung ab. So sieht der Parlamentsschwindel von „arbeitenden Ausschüssen" in Wirklichkeit aus. — Das Präsidium des Landtages wird den Kommunisten wahrscheinlich die Antwort auf diese Kritik der Landtagsarbeit nicht schuldig bleiben.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 76807 Mark.

—* **Klempner- und Installateur-Ausstellung.** In der Meßhalle auf dem Königsplatz in Leipzig wird vom 8. bis 11. Juli d. J. eine Klempner- und Installateur-Ausstellung stattfinden. Es haben bereits über 100 Firmen ihre Beteiligung zugesagt.

—* **Die teueren Kirschen.** Von dem künftigen Preise für frische Kirschen vermag man sich ungefähr einen Begriff zu machen, wenn man hört, daß für die Verpachtung einer Kirschenplantage in Köstritz, die im vorigen Jahre bei gleichem Fruchtansatz 60 000 Mark ergab, auf ein Angebot von 20 Millionen Mark der Zuschlag erfolgt ist.

—* **Ablehnung der Sommerzeit.** Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Frage der Wiedereinführung der Sommerzeit wurde auch in diesem Jahre innerhalb der Reichsregierung und mit den Interessenkreisen eingehend erörtert. In den Städten, besonders in Kreisen der Gehalts- und Lohnempfänger, bestand große Neigung für die Sommerzeit, von der man sich einen frühen Schluß der Arbeitsstunden und eine Verlängerung der Erholungszeit erhoffte. Dagegen sprach sich die Landwirtschaft wieder mit Nachdruck gegen die Einführung aus. Die Notwendigkeit, die Städte um eine volle Stunde früher zu beliefern, würde den Landmann zwingen, seine ohnehin schon zeitig einsetzende Morgenarbeit um eine Stunde früher, zeitweise noch bei Dunkelheit zu beginnen, so daß Ersparungen an Beleuchtung am Abend wieder aufgehoben würden durch den Verbrauch am Morgen. Auch würden die Landarbeiter eine Verschiebung der Arbeitszeit nur widerwillig aufnehmen, worunter die Produktivität der Arbeit leiden würde. Auch die Bergarbeiter im Ruhrrevier erhoben Einwendungen, weil dann zur Morgenschicht noch in der Nacht von Hause aufgebrochen werden müßte. Während man in Norddeutschland mehr der Sommerzeit zuneigte, stieß sie in Süddeutschland auf starken Widerstand. Zu alledem erklärte der Reichskohlenkommissar, daß bei der Sommerzeit keine nennenswerte Kohlenersparnis erzielt würde. Eine in das Leben jedes einzelnen so tief einschneidende Maßnahme wie die Sommerzeit, kann sich — von Zeiten besonderer Not wie der des Krieges abgesehen — nur durchsetzen, wenn sie von der überwiegenden Auffassung des Volksganzen getragen wird. Eine solche fehlt zurzeit in Deutschland. So ergab sich für die Reichsregierung notwendigerweise der Verzicht auf die Einführung der Sommerzeit.

—* **Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei.** Der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei findet am 16. Juni in Dresden statt. Die Hauptreden in der Hauptversammlung am Nachmittag werden halten: Landtagsabgeordneter Justizrat Beutler über „Sächsische Politik" und Staatsminister a. D. Wallraf über „Die politische Lage im Reiche".

—* **Produktive Erwerbslosenfürsorge.** Das Gesamtministerium hat beschlossen, beim Reiche die Bereitstellung von 5 Milliarden Mark als besondere Zuweisung an Sachsen für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge anzufordern.

—* **Unterstützung des Volksbüchereiwesens.** Auf Anordnung des Unterrichtsministeriums sollen die Volksbüchereien des Freistaates Sachsen grundsätzlich nicht mehr durch bares Geld vom Staate unterstützt werden. Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen vielmehr verwendet werden, um den Volksbüchereien den Ankauf billiger Bücher zu ermöglichen und zur Abhaltung von Ausbildungslehrgängen für Volksbibliothekare und für besondere Aufgaben im Volksbüchereiwesen, die der Landesstelle für freies Volksbildungswesen im Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Zukunft zufallen. Das Ministerium behält sich nur für Ausnahmefälle vor, mit Geldunterstützungen einzugreifen.

—* **Der Allgemeine Verband deutscher Landkrankenkassen** hielt vom 29. bis 31. Mai in Görlitz seine diesjährige Tagung ab. Der Besuch war ein sehr reger, vertreten waren zahlreiche Reichs- und Staatsbehörden. Die Tagesordnung war reichhaltig und wurde in längeren Sitzungen restlos erledigt. Die nächste Tagung findet in Bamberg (Bayern) statt.

—* **Meißner Porzellanblumen.** Der Geist der Erneuerung und Verschönerung, der jetzt in der staatlichen Meißner Porzellanmanufaktur waltet, zeigt sich, wie das „Meißner Tageblatt" schreibt, auch heuer wieder von der freundlichsten Seite im Haupthofe der Anstalt, die im schönsten Blumenschmucke prangt und hoffentlich auch bald von der letzten Rohziegelbaracke befreit wird. Seit einigen Jahren hat die Manufaktur ihren eigenen Gärtner, Herrn Brückner, einen wohlunterrichteten, strebsamen Mann, der mit Lust und Liebe sein Amt verwaltet. Seine Hauptaufgabe ist wohl, der Malereiabteilung ein reicheres und moderneres Material an Blumen zu liefern, ihre Anschauung von diesem schönsten ornamentalen Wesen zu erweitern und ihre Kenntnis der Blumenseele zu vertiefen, aber auch zum Schmucke der Anstalt beizutragen und sie auch in dieser Beziehung als hochkultiviertes Unternehmen erscheinen zu lassen. Daß nebenher wohlfeile Gartenfrüchte für das Personal geliefert werden, heißt, das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden.

—* **Landeshauptversammlung des Wohltätigkeitsvereins Sächsische Fechtschule.** Die Landeshauptversammlung wurde am Sonntag im Brauhof in Freiberg abgehalten und erforderte den vollen Tag. Von fleißiger Arbeit, aber auch von ernsten eigenen Sorgen zeigten die Geschäfts- und Kassenberichte. Die Mitgliederzahl hat sich auf rund 50 000 erhalten und von den über 140 Zweigvereinen sind 1922 über 2 Millionen Mark zu verschiedenartigen Unterstützungen ausgegeben worden. Die zunehmende Notlage erfordert jedoch jetzt weit mehr. Das Kindererholungsheim in Sohland, das für 32 Kinder bei je vierwöchiger Verpflegung eingerichtet ist, hat sich gut bewährt, erfordert aber beträchtliche Zuschüsse. Auch das unentbehrliche Vereinsblatt, die „Sächsische Fechtzeitung", muß geldlich gesichert werden. Nachdem noch der Landesvorstand neu gewählt worden war, wurde Sohland zum Tagungsort im nächsten Jahre bestimmt.

—* **Aufhebung der Gewerbesteuer für freie Berufe.** Wie die Sächsisch-Böhmische Korrespondenz von zuständiger Stelle erfährt, beabsichtigt Finanzminister Heldt bei der bevorstehenden Aenderung des Gewerbesteuergesetzes die Befreiung der freien Berufe von dieser Steuer durchzuführen. Für sie bedeutet diese Steuer eine nicht abwälzbare Sondersteuer. Der sächsische Finanzminister handelt damit im Sinne des Reichswirtschaftsratsausschusses, der ja soeben auch eine Befreiung der freien Berufe von der Umsatzsteuer gefordert hat.

—* **Verkehrstruppen-Gedächtnistag.** Die ehemaligen Angehörigen der sächsischen Verkehrstruppen vereinigten sich am Sonnabend zum dritten Male in Dresden, um das Gedächtnis ihrer Kriegsdienstzeit zu feiern. Am Sonnabend nachmittag trafen sich die Teilnehmer an der Kaserne der Nachrichten-Abteilung 4 in Uebigau, wo seitens der Reichswehrtruppe ein Sport- und Reiterfest veranstaltet wurde. Die Kapelle der Nachrichten-Abteilung 4 unter Obermusikmeister Buhlmann spielte während der Vorführungen auf. Im Anschluß an die Veranstaltung fand eine kurze Gedächtnisfeier am Ehrenmal der Gefallenen statt. Die Gedächtnisrede hielt Major Kleespieß. Darnach fand Kranzniederlegung statt. Am Abend vereinten sich die Teilnehmer zu einem Kommers in „Stadt Leipzig". Der frühere Kommandeur des Telegraphen-Bataillons, Oberstleutnant Kell, hielt die Ansprache. Am Sonntag vormittag fand noch eine Gedächtnisfeier auf dem Ehrenfriedhofe statt und am Nachmittage wurde eine gemeinsame Dampferfahrt nach Meißen unternommen.

—* **Postverkehr mit der Schweiz.** Vom 10. Juni an können die Absender von Wertkästchen, Postpaketen und Postfrachtstücken nach der Schweiz, die die Zollgebühren usw. für die Sendungen zu tragen wünschen, verlangen, daß ihnen diese Gebühren auf Postscheckkonten in der Schweiz zur Last geschrieben werden. Die Versender, die das Verfahren benutzen wollen, müssen sich in der Schweiz, sofern sie dort noch kein Postscheckkonto besitzen, ein solches eröffnen lassen. Erwünscht ist es, daß die Postscheckkonten, von denen die Beträge abgeschrieben werden sollen, beim Postscheckbüro in Basel unterhalten werden. Die Inhaber müssen dafür sorgen, daß zur Abschreibung der Beträge stets Deckung vorhanden ist. Wie die Sendungen zu bezeichnen und zu bezetteln sind, ist bei den Postanstalten zu erfragen.

—* **50 Jahre Sächsischer Militärvereinsbund.** Der Sächsische Militärvereinsbund kann in diesen Tagen auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Als der Bund im Jahre 1873 gegründet wurde, umfaßte er etwa 250 Vereine mit rund 32 000 Mitgliedern. In den 50 Jahren seines Bestehens ist er ständig gewachsen und zählt heute 1600 Vereine mit über 200 000 Angehörigen.

—* **Beständiges gutes Wetter in Sicht?** Man schreibt aus Berlin: Das unbeständige Wetter der vergangenen Woche ist aller Voraussicht nach an seinem Ende angelangt. Verursacht war es durch mehrere barometrische Tiefs, die von Südosten und Südwesten her sich über Mitteleuropa getroffen haben. Zahlreiche starke und gewitterbegleitete Regenfälle, die verschiedentlich Katastrophen hervorgerufen haben, waren die Folge. Seit vorgestern sind die Tiefs dem Widerstand, den ihnen ein nordöstliches und ein nordwestliches Hoch entgegenstellte, insoweit gewichen, als sie ostwärts sich in Bewegung gesetzt haben. Jetzt hat auch das nordwestliche Hoch, das seit geraumer Zeit über Irland

SLUB
Wir führen Wissen.

und Nordschottland nebst, die Ostwanderung angetreten. Langsam zwar, weil noch einige Tiefenreste über Südskandinavien und der Ostsee liegen, die vor allem die Erwärmung hemmen. Der bewölkte Himmel aber, der vereinzelt noch Sprühregen senden wird, dürfte sich stetig aufklären, und die Erwartung guten, sonnigen Wetters ist um so gerechtfertigter, als von neuen Tiefs zurzeit nichts zu entdecken ist.

—* **Nicht auf den Rasen setzen.** Diese Mahnung kann zur jetzigen Jahreszeit den Kindern nicht oft genug eingeschärft werden. Das Erdreich ist jetzt noch feucht und kalt; schwere Erkrankungen können die Folge des Niedersetzens auf den Rasen sein, und die Eltern wissen nicht, wie es gekommen sein mag. Eltern und Pfleger sollten darum beim Gang ins Freie den Kindern immer und immer wieder obige Mahnung mit auf den Weg geben. Auch nach längerem Marsche sich zum Zwecke des Ausruhens auf blanken Rasen oder Stein zu setzen, ist dem Körper wenig zuträglich.

* **Kötzschenbroda.** In der Nacht zum Sonnabend hatten Einbrecher bei einem Gärtnereibesitzer B. die Stalltür mit einer Eisenstange erbrochen. Die Familie des Besitzers wurde durch das Geräusch aus dem Schlafe geweckt und eilte nach dem Viehstall. Der Einbrecher stürzte sich mit dem Brechwerkzeug auf die Hausbewohner, doch wurde ihm die Eisenstange entrissen und er damit selbst kampfunfähig gemacht. Man glaubt, einen Spitzbuben gefangen zu haben, der schon mehrere derartige Einbrüche bewerkstelligt hat.

* **Dresden.** Montag abend in der zehnten Stunde stieß die Lokomotive des von Geising-Altenberg kommenden Personenzuges vor der Einfahrt in den Bahnhof Weesenstein mit einem nicht erleuchteten Personenkraftwagen zusammen. Das mit fünf Personen besetzte Auto wurde vollständig zertrümmert. Der Kraftwagenführer trug einen schweren Schädelbruch davon, während die übrigen Insassen mit leichteren Verletzungen davon kamen. Es steht noch nicht fest, wen die Schuld am Unfalle trifft.

Dresden. Namens der deutschnationalen Fraktion des Stadtverordneten-Kollegiums hat Vizevorsteher Rechtsanwalt Hans Kohlmann an den Rat das Ansuchen gerichtet, zur Erinnerung an den von den Franzosen ermordeten deutschen Kaufmann Schlageter eine Straße in Dresden benennen zu wollen.

Zittau. In dem katholischen Teil der südlichen Lausitz ist der Schulstreik ausgebrochen und zwar in den Gemeinden Königshain, Ostritz, Altstadt, Rußdorf, Grunau, Schönfeld, Blumental und Weißenbach. Die Eltern schicken, nach dem „Dr. A.", ihre Kinder deswegen nicht mehr zur Schule, weil nach einer Verordnung des Bezirksschulamtes das Gebet zu Beginn und zu Ende des Unterrichts wegfallen soll. Bisher waren in katholischen Minderheitsschulen Gebetsübungen gestattet. Jetzt gibt das Kultusministerium diesem Begriff den Sinn, daß man unter katholischen Minderheitsschulen nur diejenigen zu verstehen habe, die an einem Orte gegenüber anderen Schulgemeinden in Minderheit sind. Das Ministerium bedroht die Eltern mit Strafen von 10000 bis 40000 M., doch verharren diese auf ihrem Standpunkt.

Werdau. Die regierungsseitig zunächst verbotene Denkmalsweihe der 105er wurde, da sich viele Tausende von Regimentskameraden eingefunden hatten, auf besonderes Ansuchen hin doch noch in Form einer kameradschaftlichen Zusammenkunft abgehalten. In der großen Festhalle des Schützenhauses hatten sich am Sonnabend die Eingetroffenen versammelt und gedachten in Ansprachen der im Weltkrieg Gefallenen. Musikalische wie gesangliche Vorträge umrahmten die Feier. Am Sonntag darauf fand, da ja der Umzug verboten war, lediglich eine Kranzniederlegung am Denkmal statt. Das in letzter Minute umgeänderte Programm wickelte sich reibungslos ab bis auf das Nachmittagskonzert am Sonntag, das durch linksgerichtete radikale Personen in seiner Fortführung unterbrochen wurde. Es kam jedoch auch hierbei zu keinen besonderen Zwischenfällen.

* **Chemnitz.** Der 3. Chemnitzer Bürgermeister Dr. Hüppner ist an einem Herzleiden, an dem er seit Jahren litt, im 57. Lebensjahre gestorben. Er hat sich besondere Verdienste auf dem Gebiete des Krankenhauswesens erworben.

* **Waldshut.** Auf dem Bahnhofe Kle in Laufenburg überfuhr gestern ein Güterzug das Haltesignal und stieß auf einen im Bahnhofe stehenden Güterzug auf. Ein Zugführer erlitt schwere Kopfverletzungen. Der Sachschaden ist bedeutend. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

* **Wernsdorf.** Bei einem hiesigen Gutsbesitzer wurde eine Gans mit drei Beinen ausgebrütet, die wohl und munter ist und auf den drei Beinen, von denen sich das dritte am Hinterteile befindet, ganz gut laufen kann. Ein begehrenswerter Weihnachtsbraten mit drei Keulen!

Plauen. Das Ansteigen der tschechischen Krone bringt es mit sich, daß die Einkäufer von jenseits der Grenze wieder in größeren Scharen herüberkommen, um billige Einkäufe zu machen. Damit nimmt auch der Warenschmuggel wieder überhand. Kürzlich wurden von Polizeibeamten, die mit der Kontrolle auf den Straßen und Bahnhöfen beauftragt sind, vier Personen aufgegriffen, die sich des verbotenen Grenzübertritts schuldig gemacht und beabsichtigt hatten, wertvolle Waren auszuführen.

Leipzig. Ein 22jähriger Arbeiter versuchte mit einer Arbeiterin, mit der er bei einer Logiswirtin wohnte, ein Liebesverhältnis anzuknüpfen, worauf die Arbeiterin jedoch nicht einging. Der Jüngling faßte nun den Entschluß, sein Ideal umzubringen. Er kaufte sich einen halben Liter Petroleum und begab sich in das in der Seeburgstraße gelegene Grundstück, in dem die Arbeiterin jetzt wohnt (sich aber an dem Zeitpunkte an ihrer Arbeitsstelle befand), goß auf die untersten Treppenstufen den größten Teil des Petroleums und zündete dieses an. Darauf verließ er das Haus. Die Flammen wurden aber bald gelöscht. Das betreffende Haus ist eins jener sehr alten, baufälligen Grundstücke inmitten einer Anzahl ähnlicher, durch das der Zugang nach zwei bewohnten Seitengebäuden führt. Die Bewohner dieser wären durch einen Brand von der Straße abgeschnitten gewesen.

Leipzig. Sonntag abend kurz nach 6 Uhr brach im Lagergebäude der Firma O. Ullrich, G. m. b. H., in der Bitterfelder Straße in Leipzig-Eutritzsch Feuer aus, das schon nach kurzer Zeit gelöscht wurde. Am folgenden Morgen gegen ½5 Uhr entstand in demselben Lagerhaus zum zweiten Male Feuer. Zu spät entdeckt, äscherte es das gesamte Bauwerk ein. Die Brandstätte bietet ein trauriges Bild der Verwüstung. Verkohlte Holzwollballen, Bretter und Balken liegen auf dem Hof umher, dazwischen schwärzliche Tümpel, durch die sich die Wasserschläuche ziehen. Das einstöckige Mittelgebäude hat das Aussehen einer Ruine. Vom Kellergeschoß bis zum Dache sind die Mauern zerstört. Der Inhalt des Lagerhauses, der in mehreren Waggonladungen an Eisenteilen, wie Nägeln, Schrauben und auch kleineren Maschinen verschiedenster Art besteht, ist durch das Großfeuer vernichtet. Die Ursache des Feuers ist noch ungeklärt. Man nimmt Selbstentzündung des Wiehrereistaubes an, der sich in den Holzballen eingenistet hat.

Die Erwerbslosenunruhen in Leipzig.

* **Leipzig.** Auch gestern durchzogen größere Trupps demonstrierender Erwerbsloser die Straßen der Stadt. Ein Teil der Demonstranten, die sich gestern meist aus jüngeren Elementen zusammensetzten, zog zum Volkshause, um dort einen Gewerkschaftssekretär zur Rechenschaft zu ziehen, den angeblich die Schuld trifft, daß der Volkshaussaal den Erwerbslosen nicht zur Verfügung gestellt worden war. Ein größeres Polizeiaufgebot zerstreute die Menge. Zu Schlägereien oder Beschädigungen ist es gestern nicht gekommen.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet eine längere Darstellung über die Erwerbslosenunruhen in Leipzig am Montag. Interessant ist in dieser Darstellung, daß auf die beschwichtigende Tätigkeit des Erwerbslosenrates und eines kommunistischen Führers hingewiesen wird. Letzterer habe nach der erfolgten Zerstörung des Cafés Felsche die auf dem Augustusplatze angesammelten Demonstranten aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen. Dieser Aufforderung, so heißt es dann weiter, wurde auch im allgemeinen nachgekommen, nur ein etwa 800 Personen zählender Zug wandte sich nach dem Stadtteil Thonberg, verlangte hier in einer Bäckerei ohne Bezahlung Brot und marschierte dann nach dem Königin-Luisenhause, wo Essen verlangt wurde. Da ihm erklärt wurde, das Essen könne erst nach einer Stunde geliefert werden, zog der Trupp nach Probstheida weiter, hier wurde ebenfalls bei einem Bäcker Brot ohne Bezahlung entnommen. Auf einem Auto herbeigeholte Polizei erreichte den weiterziehenden Trupp, nahm die Führer fest und ließ das Brot wieder zum Bäcker bringen. Größere Ansammlungen auf dem Augustus- und Johannesplatze, die sich nach 6 Uhr abends bildeten, wurden durch ein größeres Polizeiaufgebot zerstreut, wobei mehrere Male vom Gummiknüppel Gebrauch gemacht werden mußte. Zu ernsten Zwischenfällen ist es dabei nicht gekommen. — Von anderer Seite wird noch gemeldet: Infolge der Gerüchte, die bereits am Sonntag verbreitet waren, wonach auch in Leipzig Teuerungskrawalle bevorstünden, hatte bereits am Montag vormittag eine Anzahl von Läden in der inneren Stadt geschlossen. Nach den Ereignissen vor dem Kaffeehaus Felsche wurden weitere Läden geschlossen, desgleichen auch die großen Bier- und Weinrestaurants.

Die Lohn- und Gehaltsregelung.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium mit den Spitzenorganisationen der **Reichsarbeiter** haben nunmehr zu einer Verständigung geführt. In Ortsklasse A soll der Stundenlohn ohne Ortslohnzulage bei dem **Handwerker 2250 Mark**, bei dem **ungelernten Arbeiter 2109 Mark** ab 1. Juni betragen. Die Höchstgrenze für die Ortslohnzulage wurde auf 70 v. H. vereinbart. Die Auszahlung wird möglichst beschleunigt werden.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben auch wegen der **Bezüge der Beamten und Angestellten** zu einer Verständigung geführt. Ab 1. Juni soll der **Teuerungszuschlag 2900 v. H.**, der **Frauenzuschlag 32000 Mark** betragen. Die Reichsregierung ist vom Reichsratsausschuß ermächtigt worden, die für Juni vereinbarten Erhöhungen der Löhne der Reichsarbeiter und der Gehälter der Beamten sofort auszuzahlen.

Gerichtssaal.

=p. **Landgericht.** Das Schöffengericht zu Großenhain hatte in der Sitzung vom 21. März den 20 Jahre alten, aus Lenz gebürtigen Schuhmacher Alexander Johannes **Mühle** und den 1903 zu Dresden geborenen Schlosser Rudolf Erich **Wilhelm**, beide in **Priestewitz** wohnhaft, wegen versuchten und vollendeten schweren Diebstahls zu je zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Beide Angeklagte, die sich seit 7. Februar in Untersuchungshaft befinden hatten sich zu gemeinschaftlichen Diebereien verabredet, Einbrecherwerkzeuge und Gummiknüppel versorgt, und waren dann in die Gastwirtschaft von Mißbach und in die Bahnhofswirtschaft, sowie bei den Gutsbesitzern Zimmermann und Nitzsche, sämtlich in Priestewitz, eingebrochen, wo sie die verschiedenartigste Beute von teilweise recht beträchtlichem Werte machten. Wegen der Höhe der Strafe legten beide Verurteilte Berufung ein mit dem Erfolge, daß die vierte Strafkammer den von der Vorinstanz ergangenen Spruch in der Weise abänderte, daß auf je anderthalb Jahre Gefängnis erkannt wurde.

In geheimer Sitzung hatte sich die aus **Naundorf** gebürtige 60 Jahre alte Kindermutter Alma Auguste geschiedene **Ettrich** wegen Kuppelei zu verantworten. Die Verhandlung fand vor der fünften Strafkammer statt. Es war zwecks Aufklärung des Sachverhaltes eine Anzahl Zeugen aus Großenhain und Umgegend geladen. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis.

—g. **Wuchergericht.** Wegen ungenehmigten Handels mit Kartoffeln erhielt der 1887 zu Dresden geborene Händler Karl **Schwab** vom Wuchergericht Dresden **zwei Millionen Mark Geldstrafe** auferlegt, auch ist das Urteil auf Kosten des Angeklagten in den Dresdner Tageszeitungen zu veröffentlichen. Das Gericht sah für erwiesen an, daß der Angeklagte, der wegen gleicher Uebertretungen bereits wiederholt vorbestraft ist, in größerem Umfange den Kartoffelhandel betrieben hat ohne die dazu erforderliche Genehmigung zu besitzen.

Richtlinien für die Kleinrentnerfürsorge

sind mit dem 1. Juni in Kraft getreten. Danach haben die Landesregierungen die für die gleichmäßige Durchführung der Kleinrentnerfürsorge erforderlichen Anordnungen zu treffen. Die Fürsorge kann unter behördlicher Verantwortlichkeit durch Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege durchgeführt werden. In der Regel sollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege zur Mitarbeit bei der Fürsorge herangezogen werden. Der **Antrag** auf Fürsorge ist von dem Fürsorgesuchenden selbst oder seinem gesetzlichen Vertreter, in Behinderungsfällen von einem Beauftragten zu stellen. Zur Festsetzung von Art und Höhe der Fürsorgeleistungen sollen Personen aus dem Kreise der Fürsorge-Empfänger herangezogen werden. Bei der Durchführung größerer allgemeiner Hilfsmaßnahmen sollen bewährte Selbsthilfevereinigungen der Fürsorge-Empfänger weitgehend beteiligt werden.

Ob Bedürftigkeit vorliegt, soll ohne Engherzigkeit entschieden werden. Bedürftigkeit soll nicht deshalb verneint werden, weil der Fürsorge-Empfänger von Dritten ohne Verpflichtung unterstützt wird. Die Fürsorge soll sich den Notstandsmaßnahmen für die Sozialrentner angleichen. Als Fürsorge können neben einmaligen oder laufenden Geldunterstützungen **Zuschüsse** oder **Beihilfen** für Beschaffung von Heizstoffen und Lebensmittelvorräten, Kleidern usw. gewährt werden, in besonderen Fällen auch **Darlehen**. Bei Erkrankungen ist für eine verbilligte Beschaffung ärztlicher Hilfe und von Arzneien und Heilbehandlung Sorge zu tragen. Bei der Gewährung laufender Unterstützungen darf neben den Vermögenserträgnissen für die Bestreitung des Lebensunterhalts das Stammvermögen bei Lebzeiten des Fürsorge-Empfängers nur ausnahmsweise in Anspruch genommen werden. Bei größeren außerordentlichen Hilfsmaßnahmen ist die Heranziehung des Vermögens des Fürsorge-Empfängers und eine Erstattung aus seinem Nachlaß vorgesehen. Bei laufenden Unterstützungen ist das Verlangen nach Erstattung nur zulässig, insoweit das Vermögen über den jeweiligen vermögenssteuerfreien Betrag hinausgeht oder der Verzicht auf Erstattung sich nach den gesamten Verhältnissen des Fürsorge-Empfängers nicht rechtfertigen läßt. Von der Erstattung kann überhaupt abgesehen werden, wenn sie eine offensichtliche Härte bedeutet, insbesondere wenn bedürftige Familienangehörige vorhanden sind. Etwaige Erstattungen sind wieder für Zwecke der Kleinrentnerfürsorge zu verwenden.

Als Kleinrentnerfürsorge kann auch die Unterstützung von Einrichtungen für Kleinrentner in Betracht kommen. Hierzu gehören Einrichtungen zur Arbeitsbeschaffung sowie Heime und Anstalten, die bedürftige oder kranke Kleinrentner aufnehmen und verpflegen.

Protest gegen die weitere Belastung des Hausbesitzes.

Der Vorstand des Bundes Deutscher [illegible] (Sitz Dresden) hat an den Reichskanzler und Reichstag eine Erklärung gerichtet, in der mit Bezug auf die **Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie** vom 25. Mai 1923 gegen die darin erwähnte etwaige Sonderbelastung der Wirtschaft, insbesondere des städtischen Hausbesitzes, und den geforderten Abbau der Zwangsmieten namens der deutschen Mieterschaft und damit namens der großen Masse des Volkes entschiedenster Widerspruch erhoben wird. Der Hausbesitz, so heißt es darin, sei kein geeignetes Pfandobjekt, vor allem kein produktives Pfand. Er erzeugt keine Güter; die Hausrente ist Zins eines Anlagekapitals, der nicht bei der Erzeugung von Gütern wie in Industrie und Landwirtschaft aufgebracht wird, sondern der als letztes Glied in der Kette des Wirtschaftsprozesses ohne jede Möglichkeit der Abwälzung wehrlos der Belastung gegenübersteht. Die Hausrente zur Verzinsung und Tilgung der Reparationsschulden heranziehen, würde also bedeuten, daß nicht die Sachwerte herangezogen werden, sondern die Arbeitskraft des Volkes unmittelbar belastet wird. Dazu kommt noch, daß unsere gesamte Wirtschaft überhaupt nicht imstande ist, anstelle der jetzigen Belastung von 5 Milliarden Mark für Hausrente dauernd eine solche von 50 Billionen Mark und mehr zu tragen. Die Lebenshaltung der breiten Schichten des arbeitenden Volkes ist heute bereits eine so tiefstehende, daß sie durch weitere Wegnahme des Arbeitsertrages ohne katastrophale Folgen nicht weiter herabgedrückt werden kann. Eine Steigerung der Hausrente bedeutet nicht eine Vermehrung der Substanz, denn sie vollzieht sich ohne Erzeugung neuen Sachgutes, sie spiegelt ein Scheinvermögen vor, dessen Zinsendienst jedoch die Gesamtwirtschaft belastet. An diesem Zinsendienst mit der Folge immer wiederkehrender Notwendigkeit weiterer Arbeitslohnsteigerungen werden alle Berechnungen über Verzinsung und Tilgung unserer Reparationsschulden scheitern, unsere Wirtschaft muß an ihr zusammenbrechen. **Eine Heranziehung des Hausbesitzes** im Sinne der Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ist demnach **völlig unmöglich.**

Graf Czernin gegen Staatskanzler a. D. Renner.

Im **österreichischen Nationalrat** ist es am Sonnabend bei einer Budgetrede des Abgeordneten **Czernin** zu einem interessanten **Zwischenfall** gekommen, dessen Ursachen in der Umsturzzeit zu suchen sind. Abgeordneter Czernin beschuldigte den ersten österreichischen Staatskanzler, den sozialdemokratischen Abgeordneten **Dr. Renner**, daß er im Jahre 1919 als Staatskanzler den **englischen Oberst Strutt** ersucht habe, er möge **durch englische Truppen das Land Oesterreich besetzen** lassen. Czernin erklärte, zu dieser Mitteilung durch den englischen Obersten ausdrücklich ermächtigt zu sein, und er forderte auf den heftigen Widerspruch der Sozialdemokraten diese auf, beim Obersten Strutt direkt um den Sachverhalt anzufragen.

Für den abwesenden Dr. Renner antwortete Abgeordneter Dr. Otto **Bauer**, der die Mitteilungen Czernins und des englischen Obersten **als Lüge bezeichnete** und Graf Czernin einen **Hochverräter** nannte.

Renner hat durch ein Wiener Korrespondenz-Büro eine Erklärung verbreiten lassen, in der er betont, daß er nie und zu keiner Zeit die Entsendung fremder Truppen nach Oesterreich gefordert hat.

In der gestrigen Sitzung des Nationalrates teilte der Sozialdemokrat Dr. Bauer eine ihm telephonisch zugegangene Antwort des tschechoslowakischen Gesandten Tusar auf eine Reihe ihm vorgelegter Fragen betreffend die Affaire Renner—Czernin mit: Tusar, der 1919 die tschechoslowakische Regierung in Wien vertrat, erklärte, daß Czernin zweimal auf der tschechoslowakischen Gesandtschaft vorsprach und ihn um die Ermöglichung seiner Ausreise ersuchte, da er in Wien Furcht um sein Leben habe. Czernin versuchte darauf, ihn von der Notwendigkeit einer Besetzung Wiens durch Ententetruppen zu überzeugen, indem er sich darüber beklagte, daß die österreichische Regierung gegen die Kommunisten schwach sei und daß Bauer in geheimer Verbindung mit den Bolschewisten stehe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Tusar erklärte weiter, daß bei den Zusammenkünften der militärischen Repräsentanten der Ententemächte in Wien, in denen über die Frage der Besetzung Wiens wegen der angeblich von den roten Republiken Ungarn und Bayern drohenden Gefahren verhandelt wurde, auch darüber Bericht erstattet wurde, daß eine Reihe von Persönlichkeiten, namentlich des früheren Hochadels bei den Ententevertretern vorgesprochen und um eine militärische Besetzung Wiens gebeten habe. Unter diesen Persönlichkeiten wurde auch der frühere Minister Czernin genannt. Auf die Frage, ob ihm etwas davon bekannt sei, daß sich Czernin auch an den Präsidenten Masaryk gewandt habe, antwortete Tusar: Ja, Czernin übergab mir bei seinem Besuch einen eigenhändig geschriebenen Brief an den Präsidenten Masaryk. (Hört! Hört!) Anknüpfend an die wörtliche Verlesung der Antwort Tusars stellt Bauer fest, daß Dr. Renner vorgestern im Hause dieselben Beschuldigungen vorbrachte, Czernin aber die Kühnheit hatte, sie als Lüge und Verleumdung zu bezeichnen. Die **Beschuldigungen** seien jetzt durch den Gesandten Tusar **vollkommen bestätigt.**

Vergiftete Schulgeographie.

Die **Belgier** bleiben im allgemeinen an Nationalismus und an Feindseligkeit gegen das Deutschtum hinter den Franzosen zurück. Aber die **Deutschenhetze** hat auch dort in letzter Zeit wieder erstaunliche Fortschritte gemacht, nachdem die Kriegsstimmung ein wenig gemildert zu sein schien. In neuerer Zeit beginnt man in **Belgien** ganz nach dem Muster Frankreichs besonders die Jugend mit dem **antideutschen Rassenhaß** zu vergiften. In einem belgischen Schulbuch, dessen Titel in deutscher Uebersetzung lautet: „Atlas der Geographie, zum Gebrauch für den Unterricht an Mittel- und Volksschulen. Herausgegeben von L. Alexander und C. de Neve, den offiziellen Lehrplänen entsprechend. Neunte vollständig auf den heutigen Stand gebrachte Auflage, gedruckt und verlegt von H. Dessain, Lüttich, Rue Trappé 7. — 1922 — finden sich, wie die „Glocke" feststellt, folgende **Anmerkungen über Deutschland:**

„Die Bevölkerung gehört größtenteils der germanischen Völkerfamilie an, deren Vertreter durch Initiative, Gemeingeist, Arbeitseifer, Fähigkeit bei geduldigen Untersuchungen gekennzeichnet werden. Aber dieselben haben sich auch im Laufe der Geschichte **ausgezeichnet durch Grausamkeit, Tücke, Lügenhaftigkeit, Verletzung der Verträge.** Ihr „Deutschland über alles!", das sie auch heute noch in der Niederlage unablässig verkünden, ist kennzeichnend für den **barbarischen Egoismus** und den **unverschämten Hochmut der Rasse.** Und dabei schwur vor 1914 die ganze Welt auf die deutsche Kultur. Dieses **verbrecherische Werk der deutschen Professoren** bestand, wie das deutsche Wesen im Grunde selbst, nur aus **Lüge, Heuchelei** und **Schurkerei.** Diese Kultur flößte keinen anderen Ehrgeiz ein als den tyrannischer Herrschaft durch Gewalt; es war mit einem Wort ihre Aufgabe, Menschen in bewaffnete Automaten umzuwandeln. Die höheren Ge-

SLUB
Wir führen Wissen.

fühle, die die zivilisierte Menschheit ehren, die Liebe zur Wahrheit, Gerechtigkeit und Schönheit wurden vernachlässigt, wenn nicht gar erstickt. Man hat diese Erzeugnisse deutscher Kultur an der Arbeit gesehen: **Mord, Plünderung, feige Grausamkeit!** Man kann sagen: Die Deutschen sind so geblieben, wie Cäsar sie vor zwanzig Jahrhunderten geschildert hat, **eine Rasse von Banditen, Räubern und Mördern!** Heraus aus der Gesellschaft der Völker mit den Deutschen! Heraus mit diesen Verbrechern, die im Laufe der Geschichte von jeher die Störenfriede der Welt gewesen sind! Sie müssen unter die Völker gerechnet werden, die unfähig sind, sich selbst zu regieren und die unter Vormundschaft gestellt werden müssen, wie ihre ehemaligen Kolonien von Negern und Papuas."

Für ein Lehrbuch, das den „offiziellen Lehrplänen" angepaßt ist und der Bildung und Erziehung der Jugend dienen soll, sind das immerhin bemerkenswerte Leistungen. Das Verlagshaus Henry Dessain in Lüttich hat seit jeher in der Hauptsache französische Literatur in Belgien verbreitet. Offenbar sind also hier französische Kräfte tätig, um auch die belgische Jugend für ewige Zeiten geistig und seelisch mit dem Deutschenhaß zu vergiften. Die Firma arbeitet viel für die belgische Zentral- und Provinzialregierung. Die beiden Verfasser des fraglichen geographischen Handbuchs stehen im Dienste der Stadt Lüttich. Sie zählen zu den bekanntesten Mitgliedern der „Amicities francaises", die propagandistisch für die Ausdehnung französischen Einflusses in Belgien tätig sind. Diese Tätigkeit wird von der französischen Regierung durch Zuschüsse unterstützt.

Neue Streikbewegung in Oberschlesien.

Im oberschlesischen Industriegebiet ist es anläßlich der neuen Teuerungswelle zu Streiks unter den Bergarbeitern, Metallarbeitern und Transportarbeitern gekommen. Die Streikenden veranstalteten in **Beuthen einen Demonstrationszug** und verlangten vom Oberbürgermeister die Auszahlung der Löhne unter Zugrundelegung der Goldwährung, sowie einmalige Ausgleichszahlungen. Von den Gewerkschaften selbst wird der ausgebrochene Streik nicht gebilligt; sie ersuchen die organisierte Arbeiterschaft, sich wilden Streiks zu widersetzen. Für kommenden Sonntag ist eine Versammlung aller Betriebsräte nach Gleiwitz einberufen worden. Zu Zwischenfällen und Plünderungen ist es nirgends gekommen.

In **Gleiwitz** fand gestern abend eine **Sitzung der Betriebsräte** Oberschlesiens statt, die von der wilden Streikleitung einberufen worden war. In dieser Sitzung sollte Bericht erstattet werden über die Stimmung in den Belegschaften der vom Streik betroffenen Gruben und Betriebe. Die Betriebsräte dieser Anlagen erklärten übereinstimmend, daß sie sich an einem **Streik ohne Einwilligung der Gewerkschaften nicht beteiligen** könnten, weil dieser Streik zu politischen Zwecken ausgebeutet werde. Des weiteren wurde von den Betriebsräten die Erklärung abgegeben, daß die Streikleitung sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetze, daß aber ein Mitglied aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften, das dem Streikkomitee nur gezwungener Weise beigetreten war, aus diesem am Abend bereits wieder ausgetreten war. — Vom christlichen Bergarbeiterverband wird mitgeteilt, daß sich die Streikleitung nur aus Personen zusammensetzt, die den kommunistischen und unionistischen Parteien als Mitglieder angehören, und daß Angehörige der christlichen Gewerkschaften in der Streikleitung nicht vertreten bezw. wieder ausgetreten sind.

Marktberichte.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Produktenbörse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer 112000—115000. Matt, im Verlauf fester. Roggen, märkischer 92000—94000. Matt, im Verlauf fester. Sommergerste, märkische 86000—90000. Matt, später fester. Hafer, märkischer 78000—80000, pommerscher 76000—78000. Matt, später fester. Mais loko Berlin 89000—90000, waggonfrei Hamburg 89000—90000. Matt, später fester. Weizenmehl pro 100 kg frei Berlin 335000—338000, feinste Marken über Notiz bezahlt. Matt, später fester. Roggenmehl pro 100 kg frei Berlin 270000—300000. Matt, später fester. Weizenkleie 50000—52000. Matt, später fester. Raps 235000. Matter. Leinsaat 240000. Matter. Erbsen, Viktoria 120000—135000, kleine Speiseerbsen 90000—100000, Futtererbsen 80000. Peluschken 90000 bis 100000. Ackerbohnen 80000. Wicken 105000—115000. Lupinen, blaue 115000—120000, gelbe 135000—145000. Serradella 220000—230000. Rapskuchen 82000—84000. Leinkuchen 130000. Trockenschnitzel 30000. Vollwertige Zuckerschnitzel 45000. Torfmelasse 30/70 27000. Kartoffelflocken 48000—49000.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 6. Juni 1923.

Der Prozeß gegen die Zechendirektoren abermals verschoben.

* **Aus dem Ruhrgebiete.** Der neue Prozeß gegen die Zechendirektoren, die den Befehlen zur Beschaffung der Kohlenlieferungen für Frankreich und Belgien nicht nachgekommen waren, der heute vor dem Werdener Kriegsgericht stattfinden sollte, ist abermals verschoben worden.

Ueberführung der Leiche Schlageters.

* **Düsseldorf.** Die Leiche des von den Franzosen erschossenen Schlageter wird ausgegraben und in das unbesetzte Deutschland gebracht werden.

Ausschließungsverfahren gegen Dr. Grützner.

* **Düsseldorf.** Eine Konferenz des erweiterten Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei stellte den Antrag, sofort ein Ausschließungsverfahren gegen den Regierungspräsidenten Dr. Grützner einzuleiten. Der Antrag wurde der Bezirksleitung übermittelt, da Dr. Grützner zurzeit nicht im Verwaltungsbezirk Düsseldorf wohnt.

50 Milliarden deutsche Zahlung.

)(**London.** Nach den bisher bekannt gewordenen Einzelheiten hat die Besprechung zwischen Paris, Brüssel und London drei Resultate gehabt: Die Endziffer, auf die sich wahrscheinlich die Kabinette einigen werden, dürfte in der Höhe von 50 Milliarden Goldmark liegen. Die englische Regierung scheint sich dem belgischen Standpunkte zu nähern, wonach die deutschen Zahlungen garantiert werden müssen durch eine Beteiligung der Alliierten an dem Reingewinn der großen industriellen Werke Deutschlands. Es wird daher hier davon gesprochen, daß man eine von Jahr zu Jahr variierende Jahresrate in Erwägung ziehe, deren Höhe jeweils zu bestimmen wäre nach dem Reingewinn der für die Reparationszwecke haftbar gemachten deutschen Industrie. Der dritte Punkt, in dem sich eine Einigung vorzubereiten scheint, dürfte darin bestehen, daß England in den Vereinigten Staaten für eine Ermäßigung der italienischen und englischen Schulden sich bemühen, und daß man Deutschland die Verpflichtung auferlegen wird, für die Schuldenregelung Frankreichs und Belgiens an Amerika aufzukommen.

Lettland verweigert den Ruhrkindern die Einreise.

* **Riga.** Das lettländische Kabinett beschloß, das Ersuchen der Deutschgesinnten um Genehmigung der Einreise von dreihundert Kindern aus dem Ruhrgebiet nach Lettland abzulehnen.

Höllein klagt gegen seine Inhaftierung.

)(**Paris.** Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Höllein reichte eine Klage gegen den französischen Innenminister ein, den er für seine weitere Inhaftierung verantwortlich macht. Höllein wird bekanntlich nur als Repressalie für angeblich ungesetzliche Festhaltung von Franzosen in Deutschland weiter in Haft behalten.

Vermischtes.

Schwere Explosion in der Altmark. Ein schweres Explosionsunglück ereignete sich in der Gasanstalt in Arendsee (Altmark). Als Monteure beim Abmontieren des 50 Kubikmeter Gas fassenden Gasometers waren, erfolgte eine heftige Explosion, die den Tod von drei Personen zur Folge hatte. Der Gasometer, der seit Herbst vorigen Jahres nicht mehr in Betrieb war, war auf Abbruch verkauft und mit der Abmontierung war in diesen Tagen begonnen worden. Um dem in dem Gasometer befindlichen Gas freien Abzug zu verschaffen, war bereits der Verschlußdeckel gelöst worden. Durch hinzutretenden Sauerstoff hatte sich Knallgas gebildet, das erst zur Explosion kam, als die Arbeiten ihren Fortgang nahmen. Ein auf dem Gasometer arbeitender Monteur wurde durch die Explosion mehrere Häuser weit fortgeschleudert.

Schweres Automobilunglück. Blättermeldungen aus Antonienhütte zufolge kam am Sonntag nachmittag ein mit acht Personen besetztes Auto in der Nähe des Dominiums Groß Panlow auf der abschüssigen Straße zwischen Orzesche und Panlow vermutlich infolge Ueberlastung ins Rutschen und fuhr gegen einen Baum, wobei die Beleuchtung ausging. Als der Chauffeur wieder auf die Fahrrinne kommen wollte, fuhr er erneut gegen einen Baum. Durch den zweimaligen wuchtigen Anprall wurden sämtliche Insassen aus dem Auto geschleudert: **vier wurden sofort getötet** und **drei schwer verletzt**, wogegen der Chauffeur mit geringen Verletzungen davonkam. Das Auto ging vollständig in Trümmer.

* **Meuterei in der Strafanstalt Lichtenburg.** In der Strafanstalt Lichtenburg bei Torgau überfielen im Arbeitssaale 30 Sträflinge den Wachtmeister, schlugen ihn nieder, steckten ihm einen Knebel in den Mund und legten ihm einen Strick um den Hals. Dann nahmen sie ihm Seitengewehr und Schlüssel ab. In diesem Augenblick betrat ein zweiter Beamter den Saal. Sogleich warfen sie sich auf ihn, um ihm die Schlüssel zu entreißen. Der Beamte warf aber die Schlüssel durch das Fenster auf den Hof. Dadurch wurde die Wache aufmerksam. Der Aufruhr konnte unterdrückt werden.

Die Grabungen nach einer indianischen Prinzessin. Amerikaner, die zu Gravesend in Kent nach den Gebeinen einer indianischen Prinzessin graben, erregen das Aergernis der dortigen Bevölkerung. Die Ruhe der Toten wird hier gestört, um eine romantische Geschichte aus ferner Vergangenheit aufzuklären. Vor 300 Jahren kam die indianische Prinzessin Pocahantas nach London und erregte durch ihre Schönheit großes Aufsehen. Sie soll dann in England gestorben und in der St. Georgskirche zu Gravesend begraben sein. Einige geschichtlich interessierte Amerikaner, die darin eine besondere Sensation sehen, haben sich nun die Erlaubnis verschafft, Grabungen nach den Gebeinen der Prinzessin anstellen zu dürfen. Die Kirchenbehörden von St. Georg haben dagegen protestiert und ihrer Entrüstung darüber Ausdruck gegeben, daß man die Gräber um „eitler Neugierde" willen aufreißt. Trotzdem wurden die Gebeine von etwa 50 Personen aus den Grabstätten in der Kirche herausgeholt, untersucht, dann in drei Särge gelegt und wieder begraben. Man behauptet, daß ein Kopf gefunden worden sei, der deutliche Anzeichen des Indianischen Typus aufweist. In einer Sitzung der Gesellschaft zum Schutz der Altertümer wandte sich der Marquis Curezon gegen die moderne Manie des Ausgrabens von Toten und sagte, daß die Suche nach der Prinzessin Pocahantas dafür ein charakteristisches Beispiel sei. „Bei all unserer Liebe für die Altertümer laßt uns doch die Toten schonen!" schloß er seine Rede.

Die Arbeit des Marktstützungs-Ausschusses.

Der Ausschuß des Reichstages zur Untersuchung der Vorgänge die zum Fehlschlagen der Markstützungsaktion geführt haben, ist gestern zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Bankier Löbe erklärte als banktechnischer Berater bei der Stützungsaktion, mit dem Mißerfolg der Schatzanweisungsanleihe fing das Vertrauen in die Möglichkeit einer langen Ausdehnung der Stützungsaktion an ins Wanken zu kommen mit der Wirkung, daß diejenigen, die nicht aus reinen Zinsgründen sich der Devisen entledigt hatten, anfingen, sich Devisen wieder zu beschaffen, und man fing auch an, sich wieder in normaler Weise für die Bedürfnisse der nächsten Zeit zu versorgen.

Der Reichskommissar an der Börse Geheimrat Lippert ergänzte die bisher gehörten Gutachten durch Hinweis auf die Tatsache, daß die französische Regierung durch ihre Stellungnahme gegenüber der Ausgabe von Dollar-Schatzanweisungen unter Garantieerklärung der Reichsbank, und daß weiter die Aufnahme der Rede des Ministers des Aeußeren von Rosenberg vom 16. April in Frankreich das Vertrauen der Welt und der deutschen Wirtschaft in die weitere Möglichkeit, den Kurs zu halten, wesentlich geschwächt hat. Der Mißerfolg der Stützungsaktion hat also vom Ausland seinen Ausgang genommen.

Reichsbankpräsident Havenstein erklärte nach einem Bericht des „Chemn. Tgbl.": Ich glaube, daß ich die Devisenbestände, die unsere Wirtschaft überhaupt hat, besonders im Ausland, mit der Summe von 2 Milliarden Goldmark wahrscheinlich sehr stark überschätze. 2 Milliarden Goldmark sind bei einem Dollarstand von 70 000 36 Billionen Papiermark. Der gesamte Geldumlauf in Deutschland beträgt nur 7½ Billionen, also nur ein Fünftel dieser Zahl. Die Kreditoren der deutschen Privatbanken sind zurzeit etwa 3 Billionen. Ein Devisenbestand von 2 Milliarden Goldmark würde also das 12fache der gesamten Kredi-

Jeder Reisende

sollte **Heitmann's Renovator** bei sich führen, um mit diesem ausgezeichneten Mittel Schuhe und alle sonstigen Ledersachen auf die bequemste und billigste Weise stets in einem eleganten Zustande zu erhalten.

Renoviere Leder nur mit Heitmann's Renovator.

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

5. Fortsetzung.

Träge und federrauschend schwankte er zur Seite, als die beiden Wanderer jetzt den Wiesenweg entlang kamen und die kleine Freitreppe zum Eingangsportal emporstiegen.

„Hier haben Sie Ihr künftiges Reich," sagte die Baronin und schob einen großen, geschweiften Schlüssel in das reichgearbeitete Schloß der schweren, eichengeschnitzten Haustür. „Ein Vetter meines verstorbenen Gatten hat hier lange gehaust, ein etwas menschenscheuer Sonderling ein Maler und Weltenbummler, der endlich in Pahlowitz seine letzte Ruhestätte gesucht und gefunden hat." —

Sie traten in den kleinen Vorsaal, eine tempelartige Rundhalle in hellen, duftigen Farben mit einer zierlichen Girlandenzeichnung unterhalb des Gesimses.

Ein gedämpftes Oberlicht fiel durch eine große Stuckrose von der Deckenmitte auf das bunte Steinmosaik des Fußbodens, und zwischen den massigen Laubkugeln zweier Oleanderbäume grüßte ein Mädchentorso aus parischem Marmor.

Daneben öffnete sich das Arbeitszimmer, ein modern gehaltener Raum mit schweren Ledermöbeln und einem riesigen Schreibtisch, der sich schwer und wuchtig wie ein kleiner Festungsbau in der Mitte des Parketts erhob.

Ringsum an den rhombisch getäfelten Wänden standen mächtige Schränke aus kostbar eingelegten Hölzern und bis zur Deckenhöhe mit zahllosen Büchern und allerlei Naturalien und Seltsamkeiten aus Porzellan und Elfenbein aufgefüllt.

Durch das tief eingeschnittene Nischenfenster neben dem Schreibtisch sah man über die Parkwiesen in einen breiten Durchhau weit hinaus auf das dämmernde Blau des Sees und die weiße Kirche des Dörfchens Pahlowitz, die ihren schmalen Turm nadelspitz in den lichten Ring des Abendhimmels bohrte.

Alsleben war zu einem der Schränke getreten und musterte mit sachverständigem Blick die Schätze der prächtigen Muschel- und Schmetterlingssammlungen; die exotische Fremdartigkeit seiner neuen Umgebung, in die er sich aus der märkischen Parklandschaft so unerwartet versetzt sah, berührte ihn mit seltsamer Romantik.

„Sie machen mir mit dieser Wohnung ein großes Geschenk, gnädige Frau," sagte er endlich. „Bildet sie doch für mich gleichsam eine Brücke zu jener Welt, die ich erst vor kurzem verlassen habe und mit der ich in meiner Erinnerung noch immer zusammenhänge."

Mit einem beglückten Lächeln sah ihm die Baronin voll ins Gesicht.

„Ich wußte, daß Sie für mein kleines Museum Verständnis haben würden. Schon morgen soll mit den Instandsetzungsarbeiten begonnen werden. In gleicher Flucht mit dem Arbeitszimmer liegt hier nach links das Schlafzimmer, während die Räume der anderen Seite unbewohnt sind und nur im Winter als Orangerie benutzt werden. Sie sind also im ganzen Hause Alleinherrscher."

Sie hatte bei diesen Worten das Fenster am Schreibtisch weit aufgestoßen.

Die köstliche Frische des Abends wehte weich herein und strich wie mit liebkosenden Händen über ihre heißen Gesichter.

Nichts regte sich, kein Laut weit und breit.

Und doch erschien ihnen die Welt erfüllt von Harfenklang und hallendem Gesang.

„Wir müssen zu unseren Gästen zurück," unterbrach die Baronin endlich das lastende Schweigen. „Ich fürchte, man wird uns schon vermissen."

Alsleben nickte zustimmend.

Alsleben und die Baronin verließen das Haus und gingen wieder durch den Blütenwald der tauigen Wiese, aus der jetzt ein tausendstimmiges Heimchenkonzert in den großen Abendfrieden emporstieg.

Eine seltsam weiche Stimmung schwang zwischen ihnen, eine hoffende Unruhe, die Ziel und keinen Namen hatte und sie doch mit einer stillen leise pochenden Glückssehnsucht erfüllte. — —

Dann klang auf einmal ein Lachen von der Buchenallee herüber.

Alsleben zuckte zusammen.

Der Zauber war verflogen und die Welt nun wieder wie überall. Unwillkürlich beschleunigte er seinen Schritt.

In diesem Augenblick bog eine unsichtbare Hand ein Spirdengebüsch an einer Wegebiegung unhörbar zur Seite.

Das schöne Gesicht Hellas tauchte in der Blätterwildnis auf. Ein seltsam verzerrter Zug lag um den feinen Mund, als sie jetzt vorsichtig um einen Buchenstamm spähte und mit einem langen, haßerfüllten Blick das Bild der beiden hohen, schlanken Gestalten umfaßte. — — —

Fünftes Kapitel.

Reckenthins waren gleich nach dem Abendbrot abgefahren.

Die Freifrau war eine Frühaufsteherin, die am liebsten mit den Hühnern schlafen ging und während des ganzen Sommers auf ihrem Gut kein Petroleum duldete; auch war die Strohfeuerbegeisterung ihres Gatten für die schöne Gesellschafterin keineswegs verborgen geblieben und nur die Gegenwart ihrer beiden Söhne hatte sie verhindert, schon beim Besteigen der alten Schönwalder Familienkalesche mit der unvermeidlichen Strafpredigt zu beginnen.

Alsleben, der mit dem Gutsherrn noch einmal nach den Ställen gegangen war, hatte dem Reckenthinschen Wagen noch eine Strecke Weges das Geleit gegeben und war von dem „alten Blücher", der sein ruhiges, bestimmtes Wesen wohlgefallen hatte sehr dringlich zu einem baldigen Besuche auf Schönwalde eingeladen worden.

Als er über den feiertäglich-stillen Hof wieder nach dem Park zurückkam, lag auf den verlassenen Rasenlichtungen schon das erste rote Dämmerlicht der Frühnacht.

Von der Schloßterrasse klang Stimmengewirr, Lachen und Gläserklingen.

Das ungewisse Licht der Windlampen zuckte durch die grünen Blätterhänge der Glycinien und huschte über die pockenartigen Gesichter der Sandsteinputten, die den Aufgang der Freitreppe zu beiden Seiten flankierten.

Einen Augenblick schwankte er, ob er sogleich wieder zu der kleinen Gesellschaft hinaufgehen sollte, dann aber wandte er sich noch einmal dem Parke zu.

Er fühlte, daß er noch einer halben Stunde stiller Selbstbesinnung bedurfte, ehe er in jenen Kreis, zu jener Frau zurückkehren konnte, deren weiche, ruhige Stimme ihm noch immer wie eine leise Musik im Ohre lag, deren stille, klare Augen er überall vor sich zu sehen glaubte.

Und wieder erhob sich in ihm der Gedanke, dem er schon am Abend zuvor solange nachgesonnen hatte, ob er nicht am besten daran täte, sich in aller Stille wieder von diesem Hause zu lösen, solange es ihm noch in Ehren möglich war.

Alsleben war die Buchenallee entlang gegangen und wandte sich jetzt wieder dem Springbrunnenrondell zurück, auf dessen stillem Wasser sich alles Licht der hellen Julinacht in einem seltsam phosphorischen Grün gesammelt zu haben schien. Er hatte den Hut vom Kopfe genommen und saß dann lange auf dem verwitterten Brunnenrand, aus vollen Lungen den berauschenden Atem der linden Luft in sich hinein trinkend.

Auf der Terrasse war allmählich das laute Lachen und Sprechen verstummt, und verlorene Akkorde flatterten zuweilen durch die weitoffenen Fenster des hellerleuchteten Musiksaales, wie wenn jemand im Plaudern achtlos über die Tasten fährt.

Und dann schwoll es auf einmal machtvoll an, wie stürmende Meeresbrandung und klagte und jauchzte in himmelanstrebenden Terzen und in schweigende Nacht hinaus.

Eine Meisterhand spielte Isoldens Liebestod — —

Alsleben hatte die Augen geschlossen und lauschte wie gebannt auf das herzaufpeitschende Todesjauchzen des Hohen Liedes der Liebe, jener allbezwingenden, alles verzehrenden Liebe, die nichts achtet nichts hört und sieht und will, als sich selbst.

(Fortsetzung folgt.)

toren der deutschen Valuta sein. Der heutige Kurswert des gesamten deutschen Aktienkapitals beträgt ungefähr 8 Milliarden Goldmark. Seit Mitte 1920 bis heute ist ein Passivsaldo der Handelsbilanz von etwa 6 Milliarden Goldmark eingetreten. Zur Abdeckung dieses Passivsaldos mußte unsere Kreditfähigkeit im Auslande stark angespannt werden. Es konnte also nicht aus der Ausfuhr und aus dem laufenden Markt auch noch eine starke Reserve von Devisen angesammelt werden. Diese Ueberlegungen haben uns in der Ueberzeugung bestärkt, daß die vom englischen Finanzminister Robert Horne in Aussicht genommene Summe von 2 Milliarden Goldmark wahrscheinlich noch zu hoch ist.

Auf eine Frage des Abg. Helfferich erwiderte Präsident Havenstein, er schätze die Verschuldung Deutschlands, abgesehen von den Reparationslasten, auf rund ¾ Goldmilliarde. Das Ausland verfügt über etwa 10 Prozent des deutschen Aktienbesitzes, das mache etwa 800 Goldmillionen aus. Der Verkauf deutschen Grundbesitzes an Ausländer werde auf 5—600 Goldmillionen geschätzt. Präsident Havenstein bestritt gegenüber dem Abg. Fröhlich, daß die Spekulation von der bevorstehenden Intervention der Reichsbank vorzeitig Kenntnis erhalten habe.

Zum Schluß schnitt der Abg. Fröhlich (Kom.) die Frage der Kreditgewährung durch die Reichsbank an. Präsident Havenstein erklärte hierzu, die Einführung von Goldkonten bei der Reichsbank sei nach allen Richtungen hin einfach unmöglich

Sport.

Meisterschaftsspiele des Kreises Sachsen der Deutschen Turnerschaft am 9. und 10. Juni in Dresden. Die Schlußspiele um die Kreismeisterschaften 1923 in der Jügen-Kampfbahn zur Jahresschau „Spiel und Sport" werden durch eine Begrüßungsfeier für die Meisterschaftsspieler des Kreises eingeleitet, die im großen Saal des Ausstellungsgebäudes am Sonnabend, den 9. Juni, von abends ½8 Uhr an mit anschließendem Ball von 10 bis nachts 1 Uhr stattfindet. Die Begrüßungsfeier verspricht einen wirkungsvollen Verlauf und wird ein Glanzpunkt der Veranstaltung sein, sind doch Kunstgenüsse verschiedenster Art gewährleistet. Künstlerkonzert wechselt ab mit großen Chorgesängen der Sängerschaften des TV. für Neu- und Antonstadt und TV. Jahn-Dresden, wirkungsvoll unterbrochen durch mustergültige Vorführungen der Dresdner Kunstturnvereinigung unter Leitung Werners am Reck und Pferd, des TV. Guts Muths (Turnwart Pönisch): Freiübungen aus Betriebsformen des Naturturnens, und der Musterschule des Dresdner Turngaues unter Leitung von Frl. Bier (Keulenübungen) die einen wirklichen Genuß bieten. Der neue Kreisvertreter Dr. Thiemer spricht zum ersten Male. — Sonntag, den 10. Juni, vormittags 8 bis 12 Uhr in der Kampfbahn: Vorrundenspiele im Schlagball der Männer (Entscheidung), Frauen, Jugendturner und Jugendturnerinnen. 9 bis 11,30 auf Platz A an der Albrechtstraße: Vorrundenspiele der Spielgruppenmeister im Faustball der Männer, der Aelteren über 40 Jahre und der Frauen sowie im Barlauf der Männer. Nachmittags 2 bis 4,30 Uhr in der Kampfbahn: Schauturnen der Kinder des Gauverbandes Dresden und Umgebung. Ab 4,30 Uhr: Entscheidungsspiele im Schlagball der Männer, Faustball der Männer, der Aelteren und der Frauen. 6 Uhr: Handballvorführung — Auswahlspiel für die Sachsenmannschaft zum Deutschen Turnfest in München — auf den Nebenplätzen A und B zur Kampfbahn. Ab 4,30: Wettspiele der Kinder des Gauverbandes Dresden und Umgebung. Nachmittags 7,15 Uhr: Siegerverkündung in der Kampfbahn am Vorturnertisch.

Großer Germania-Preis auf der Dresdner Radrennbahn. Am kommenden Sonntag werden auf der Reicker Weltrekordbahn 10 Dauerfahrer sich ein Stelldichein geben. Zu den Teilnehmern: Rosellen, Lewanow, Schrefeld, Kuschkow, Eberl, Schröter, Brummert, Fesa und Müller (Dresden) ist noch der hier so beliebte Frankfurter Jean Weiß hinzugekommen. Diese 10 Mann bestreiten den Sommerpreis und Saxoniapreis über 80 Kilometer, während der Große Germania-Preis 6 Dauerfahrer am Ablauf sehen wird. Für die Berufsfahrer-Fliegerrennen sind bis jetzt 18 Mann verpflichtet worden. Eine ausgezeichnete Besetzung werden die Amateurrennen erfahren, an denen neben den besten sächsischen Bahn-Amateuren des B. D. R. und S. R. B. auch der Preußenmeister Werner Max und voraussichtlich Oskar Rütt teilnehmen. Interessant wird auch der erste hiesige Start von Rudi Mayer, dem Sohn des Grand-Prix-Siegers Henry Mayer, sein, zumal dieser in den Gaumeisterschaften auf die besten hiesigen B. D. R.-Amateure stößt.

Kunst und Wissenschaft.

Kapellmeister Albin Trenkler †. Am Sonnabend verstarb in Dresden Kapellmeister Albin Trenkler, ein Sohn des früheren Musikdirektors Trenkler. Der Verstorbene war bekannt als Dirigent und Komponist. Zuletzt war er als Opernkapellmeister in Köln a. Rh. tätig, dann zog er sich nach Dresden zurück, um sich hier der Komposition und der Lehrtätigkeit zu widmen.

Auffindung eines vorgeschichtlichen Feuerstein-Werkzeuges. Wie die „N. V. J." aus Plauen meldet, ist auf Zwoschwitzer Flur, wo bereits vor zwei Jahren ein Feuersteinschaber gefunden wurde, ein zweites Feuerstein-Artefakt aufgefunden worden, das auf Grund seiner Form und Größe als eine Speerspitze zu bezeichnen ist. Das Material ist nordischer Feuerstein von dunkelgrauer Färbung. Das ganze Stück ist schön ebenmäßig und flach. Der vorderste Teil der dreikantigen Spitze ist abgebochen. Der Fund rechtfertigt die Annahme, daß die Gegend um Zschoschwitz bereits zur jüngeren Steinzeit vorübergehend oder dauernd besiedelt war.

Siegfried Wagner in Dresden. Der Aufführung der Meistersinger im Staatlichen Opernhause am Montag wohnte als Gast der Generalintendanz Siegfried Wagner mit seiner Gattin bei. Busch dirigierte. Plaschke sang den Sachs.

Verhandlungen gegen den Theaterdirektor Willi. Am Montag wurde vor der Kreishauptmannschaft Dresden die Verhandlung in der Konzessionsentziehungsbeschwerde der Deutschen Bühnengenossenschaft gegen den Direktor des Neustädter Schauspielhauses Willi fortgesetzt. Einen breiten Raum nahmen die Erklärungen der Sachverständigen ein, die sich fast durchweg ungünstig über Direktor Willis künstlerische Fähigkeiten äußerten. Die Verkündung der Entscheidung erfolgt am Donnerstag mittag 12 Uhr.

Volkswirtschaftliches.

Gegen die Ausfuhrabgabe. Eine Eingabe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller wegen Aufhebung der Ausfuhrabgabe für Eisen und Eisenerzeugnisse (Abschnitt 17 A des Zolltarifs) weist die zuständigen behördlichen Stellen darauf hin, daß die Ausfuhr mit Verlusten verknüpft ist, weil infolge der nach der Ruhrbesetzung eingetretenen Verteuerung aller Gestehungskosten (Kohle- und Erzeinfuhr, Fracht und Lohnerhöhungen usw.) die Inlandspreise über den Weltmarktpreisen liegen. Die Ausfuhr muß aber, gerade auch im Rahmen der Politik der Markstützung, mit allen Mitteln gefördert, durch bewegliche Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse des Weltmarktes muß der deutschen Industrie und der industriellen Arbeiterschaft der Kampf um ihre Existenz erleichtert werden. Die Arbeitslosigkeit, die eintreten müßte, wenn die Eisenindustrie überhaupt nicht mehr exportieren kann, würde, so schreibt der „B. L.-A.", der Volksgesamtheit viel teurer zu stehen kommen als der Verzicht auf die Einnahmen aus der 1- bis 2proz. Ausfuhrabgabe.

Einlösung sächsischer Zinsscheine. Fällige Zinsscheine der vormals sächsischen Staatsanleihen werden von allen Reichsbankanstalten und den Kassen der Reichsfinanzverwaltung eingelöst oder an Geldesstatt angenommen. Ebenso vermitteln diese Stellen neue Zinsscheinbogen und nehmen Anträge für das sächsische Staatsschuldbuch an. Nach einer Bekanntmachung des sächsischen Finanzministeriums können außerdem bei sämtlichen Reichsbankanstalten durch Auslosung oder Kündigung fällig gewordener Staatsschuldenkassenscheine und Staatsschuldverschreibungen eingelöst und bei den außerhalb Dresdens befindlichen Reichsbankanstalten können weiter die Zinsen für Staatsschuldbuchforderungen erhoben und die für gelöschte Forderungen ausgefertigten neuen Schuldverschreibungen nebst Zinsbogen in Empfang genommen werden.

Preußische Kali- und Roggenwertanleihe. Im Anschluß an die Zeichnungen auf die 1. und 2. Ausgabe der neuen 5 prozentigen Preußischen Kali- und Roggenwertanleihe bringt die Preußische Finanzverwaltung nunmehr die 3. Ausgabe jedoch nur für die 5prozentige Kaliwertanleihe zur Begebung. Die neue Kalianleihe wird in der Zeit vom 11. bis 18. Juni zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt werden. Der Zeichnungskurs beträgt 46 000 Mark für 100 Kilogramm und entspricht dem gegenwärtigen vom Reichskalirat festgesetzten Bahnabsatzpreise für Kali (40 prozentige Kaltdüngesalze) von 504 500 Mark für die Tonne, abzüglich des für landwirtschaftliche Verbraucher bei Bestellungen bis zum 12. Juni gewährten Höchstrabattes von 7½ Prozent, abgerundet nach unten. Der Zeichnungspreis ist mithin, zumal mit einer weiteren Steigerung des Kalipreises zu rechnen ist, als besonders günstig zu bezeichnen.

Maßnahmen gegen die Markentwertung. Der „Berl. Lokalanzeiger" schreibt: Der neue katastrophale Sturz des Markkurses hat, wie uns bestätigt wird, das Reichsfinanzministerium veranlaßt, mit den Vertretern der Großbanken zwecks Erörterung von Maßnahmen gegen die weitere Entwertung der Mark Fühlung zu nehmen. Dabei ist auch das Problem einer Zentralisierung des Devisenhandels gestreift worden. Anderslautende Meldungen treffen nicht zu, wobei uns noch bemerkt wird, daß die Verhandlungen rein vertraulicher Natur waren.

Amerikas Handelsverkehr mit Deutschland. Vom 1. Juli v. J. bis Ende Januar bezifferte sich der amerikanische Warenexport nach Deutschland auf 175,41 Mill. Dollar, während die Einfuhr außer 85 491 Dollar in Gold und Silber 78,89 Millionen Dollar betrug. Der Ueberschuß der Ausfuhr stellte sich demnach auf rund 96 Mill. Dollar gegen 131 Millionen Dollar in der Vergleichszeit des Vorjahres. Die Nahrungsmittelausfuhr von Amerika nach Deutschland ist, wie die „Staatszeitung" berichtet, um zwei Fünftel geringer geworden, indes bezieht sich diese Verminderung vornehmlich auf den Wert, nicht in gleichem Maße auf die Menge. Weizen ist allerdings um 358 000 t zurückgegangen, aber dafür ist Roggen um 217 000 t gestiegen. Kondensierte Milch war 15 000 t weniger, Schmalz 9500 und Mehl etwa über 1000 t. Schweinefleisch überstieg die Ausfuhr im Vorjahre um 2300, und Zucker um fast 3000 t. Baumwolle ist um 349 000 Ballen zurückgegangen und Kupfer um 21 000 t.

Die Teuerungszahlen des sächsischen Arbeitsministeriums.

	Teuerungszahl gegenüber Vorkriegszeit = 100	Punktzahl gegenüber Januar 1922 = 100	Steigerung in Prozenten gegen die Vorwoche
23. Mai bis 3. Juni	365557	21876	+ 7,65%
Monatsdurchschnitt Mai	307796	18419	+ 26,6%

Man verlange überall
Radeberger Pilsner!

Für die zu unserer Vermählung dargebrachten Ehrungen, Glückwünsche und vielen Geschenke **danken hierdurch herzlichst.**
Zeithain, 5.6.1923.
Max Preußer u. Frau Frieda geb. Schmidt nebst Eltern.

Kl. Päckchen
mit künstl. Gebiß von Ecke Albertplatz — Wettinerstr. verloren. Geg. Belohnung abzug. bei Kaufm. **König,** Großenhainer Straße.

Schöne Wohnung
in **Gröba** in 2. Et. (Stube 2 K. u. Küche) mit eventl. kleinerer auch in Riesa oder Umgebung
zu tauschen gesucht.
Näheres in **Gröba,** Rosenstraße 7, 2.

Wohnungstausch
Suche meine in Neugröba im Part. gelegene schöne Wohnung (2 St., 1 K., Küche u. Zubehör) geg. gleichgroße oder größere in der mittl. Stadt sofort zu tauschen.
Näheres unter Q M 362 an das Tageblatt Riesa.

Wohnungstausch
Riesa—Elsterwerda.
Wer tauscht Stube, Kammer, Küche nebst Zubehör in Elsterwerda geg. mindestens gleichgroße in Riesa. Off. an **Bahnbetriebswerk Riesa.**

Besseres Mädchen
fortbildungsschulfrei, für 15. 6. bei gutem Lohn **gesucht,** das auch Interesse für feine Arbeiten hat. Waschfrau vorhanden.
Frau Rechtsanwalt **Bohrisch, Mittweida,** Albertstr. 8, 2. r.

Mädch. sucht Beschäft. im Nähen und Ausbessern mögl. auf d. Lande.
Werte Off. unt. Q N 368 an das Tageblatt Riesa.

Landwirts-Bedarf!
Wir empfehlen in bekannten guten und preiswerten Qualitäten:
Khaki-, Sakko-, Sport- und Manchester-
Anzüge
Arbeits-, Zwirn-, Tuch-, Rekord- und Manchester-Hosen in lang u. Breeches Männerhemden, Frauenunterröcke, Männersocken, Handtücher
Schnürschuhe
für Arbeit, Jagd und Sport, Schaftstiefeln, Rindbox-Herrenschuhe, Frauenschuhe, Hausschuhe, Pantoffeln, sowie
Rindledersandalen
Lederkreuzleinen, Lederhalftern, Zaumzeuge, Wassertrensen, Deckengurte, Steigriemen, Kandarenzügel, Futterbeutel, Stirntaue, Ackerleinen, Kälberstränge, Wäscheleinen, Ochsenstränge, Hanfzugstränge, Säcke, Kartätschen usw.
Pferde-Regendecken.
Paul Bornschein
Mügeln b. Oschatz, Tel. Nr. 153
Verkaufsstelle
der Hans Eitner Aktiengesellschaft
Abteilung Landwirtsbedarf
— Leipzig. —

Kaufe Alteisen, Metalle
alte und gebr. Maschinen u. dergl. zum Tagespreis.
Max Kreis, Gröba, Dammweg 3.

Suche für 1. 7. ein ehrliches u. fleißiges
Wirtschaftsmädchen
nicht unter 17 Jahren bei Familienanschluß.
Schreiber, Zschepa bei Strehla.

Frau zum Reinemachen
Freitags vorm. gesucht **Gröba,** Hamb. Str. 3, 2. l.

Zuverlässiger
Heizer
zum sofortigen Antritt gesucht
Gebrüder Schönherr.

Ostermädchen
sucht **Patitz, Panitz.**

Knechte, Pferdej., Mägde, Hausmädch. f. Frau Seelig, **Röderau,** Stellenverm.

Ein brauner
Wallach
(Hannoveraner), 176 hoch, steht **Freitag und Sonnabend im Gasthof Wülknitz** preiswert zum Verkauf. Tausche eventl. auch auf kleineres Pferd.
Schiffel, Gasthof Wülknitz

Stroh und Strohseile
verkauft
Behnisch, Kaseln.

Vereinsnachrichten

Ruderverein Riesa e. V. Mittwoch, 13. 6., 8 Uhr abends außerord. Hauptversamml. i. d. Elbterr.

Turnverein Riesa. Die Frauenabteilung turnt Donnerstag, 7. Juni, abends 9 Uhr erstmalig. Alle gemeldeten Frauen müssen kommen.

Dr. Gentner's Waschextrakt
Goldperle
ist so beliebt, weil es
Schnitzelseife
enthält, die allen Schmutz vollständig löst.

Wir suchen für kaufmännische und technische Angestellte eine Anzahl
möbl. Zimmer
für sofort und erbitten Angebote mit Preisangabe.
Linke-Hofmann-Lauchhammer Aktiengesellschaft
— Werk Riesa. —

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Schwester sagen wir nur hierdurch allen unseren
tiefgefühlten Dank.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Jsler, Ober-Postsekretär.
Riesa, 6. Juni 1923.

Statt Karten.
Für alle Ehrungen und Beweise treuer Liebe und Freundschaft beim Heimgange unseres lieben guten Vaters
August Haupt
sowie für alle uns zuteil gewordenen wohltuenden Worte danken wir allen von Herzen.
Riesa, Rottloff und Großenhain.
Anna verw. Haupt und Kinder nebst allen Angehörigen.

Achtung!
Haus- oder Land-Grundstück
in Riesa oder Umgegend zu kaufen gesucht bei sofortiger Barauszahlung. Angebote erbeten unter Q P 365 an Tagebl. Riesa.

1 Tafelwagen
50—60 Zentner Tragkraft, zu verkaufen
Kniffe, Popvitz.

Alte Geige
wenn auch defekt zu kaufen gesucht.
Stanelle, Dresden-Neustadt, Alaunstraße Nr. 26.
Komme sof., Karte genügt.

23 Stück Schallplatten
1 Taschen-Remontoiruhr
zu verkaufen
O. Vogelgesang, Kalbitz.

Erste Gröbaer Rohprodukten-Ein- und Verkaufsstelle
Telefon 670
kauft laufend Alteisen, Altmetalle, Papier, Bücher, Makulatur, Wolle, Lumpen, Felle, Flaschen, gebrauchte Möbel, sowie **getragene Kleidungsstücke** aller Art.
Karl Hofmann, Gröba
Dammweg 4.

Alle Kräuter
wie
Taubnessel
Lindenblüten
Kamillen
usw., gut getrocknet, **kauft** zu höchsten Preisen die **Medizinal-Drogerie**
A. B. Heunicke.

Kleine Anzeigen
im Riesaer Tageblatt vermitteln allerschnellstens An- und Verkäufe oder dergl., weil sie allgemein gute Beachtung finden. Kleine Anzeigen sind billig. Ratschläge zur Abfassung der Anzeigen erteilt kostenlos die
Tageblatt-Geschäftsstelle in Riesa,
Goethestrasse 59.
— Telefon 20 —
Werktäglich von früh 8 Uhr durchgehend bis 6 Uhr nachm. geöffnet.

H.-Covercoat-Mantel
fast neu, preisw. zu verk. Besichtig. 5—7 Uhr nachm. **Zimmer,** Gröba, Altrockstr. 24, part. l.

Fleischsalat und Margarine
— nur frische Ware —
empfiehlt billigst
O. Kohl,
Wettinerstr. 29 (Hinterh.)

Feinste
Mecklenburger Tafelbutter
eingetr., ½-Pfund-Stück 5300 M., empfiehlt
Fr. Koch, Hauptstr. 19.

Ortsgruppe Riesa.
Freitag, d. 8. Juni 23, abends 8 Uhr
Elbterrasse
Monatsversammlung.
Vollzähliges Erscheinen erforderlich.
Schönherner,
1. Vorsteher.

Die heutige Nr. umfaßt 8 Seiten.

Neue Konferenzen.

Der Weg zur Hölle des Zusammenbruchs ist von Versailles an mit Konferenzen gepflastert. Lösungen oder auch nur Klärungen im Sinne eines Wiederaufbaues der zerrütteten Welt sind bisher durch Konferenzen niemals erreicht worden. Deutschland hat es allmählich verlernt, wie in der Anfangszeit seiner Menschheitsgläubigkeit mit rosenroten Hoffnungen zu den grünen Tischen zu schreiten, an denen es tatsächlich fast nie als ein Mitverhandelnder, sondern stets als armer Sünder gesessen hat. Seitdem Frankreich allen Gesetzen des Völkerrechtes und der Menschlichkeit zum Hohn in das Ruhrgebiet eingebrochen ist, hat die Zeit der großen zu politischen Schaustellungen gestalteten Konferenzen aufgehört. Eine wesentliche Aenderung des tatsächlichen Machtzustandes ist dadurch nicht zum Ausdruck gebracht. Auch auf allen Konferenzen hat Frankreich stets seinen Willen durchzudrücken vermocht und England hat sich nach anfänglichem Widerstreben immer dem Wunsche des Hauptsiegers gefügt. Durch das Aufhören der Konferenzen-Methode sollte das Schmollen Englands wegen der Ruhreigenmächtigkeiten des sauberen Verbündeten zum Ausdruck gebracht werden. Im Hinblick auf Langrohrgeschütze, U-Boote, Flugzeuge und ähnliche, freundlich im Hintergrund der Ereignisse aufgebaute, militärische Ausrüstungsstücke des Verbündeten, hat die englische Regierung denn bald ihr Grollen abgemildert und sich zu dem entschlossen, was man witzig „wohlwollende Impotenz" genannt hat. Die Regierung Baldwin geht nun einen Schritt weiter oder wie man es nimmt, einen Schritt rückwärts. Sie beginnt wieder den Konferenztisch in die Weltgeschichte hinein zu rücken, und deutet damit an, daß sie die Dinge an der Ruhr als unabwendbar hinnimmt. Das Unterbleiben der britischen Mitleidszähren, wenn irgendwie „atrocities" in irgend einem Negerdorfe von sonst Nichtengländern begangen werden, hat in der Ruhrangelegenheit die britische Rückkehr zu Tisch und Bett sehr erleichtert.

Die erste der Konferenzen soll, voraussichtlich am Monatsende, die Herren Raubgenossen der Entente, zu gemeinsamer Abkartung des neuen Planes zusammenführen, den man dann in einer anschließenden Konferenz den Nächstbeteiligten, den Deutschen, vorlegen will. Ob auch wieder der Revolver auf dem Verhandlungstisch liegen soll, geladen mit einem Ultimatum, ist nicht bekannt. Die neue englische Regierung läßt durch ihre Presse erklären, sie wolle auf diesem Wege neu entwickelter Regsamkeit Rückgrat und politischen Willen zeigen. Trübe Erfahrungen haben Deutschland gelehrt, daß Rückgrat und politischer Wille immer nur auf Kosten des Schwächeren sich zu entwickeln pflegt.

Als Schwacher und Anbietender, der nicht einmal infolge der allgemeinen Unsicherheit der Verhältnisse seines Angebotes sicher ist, bereitet sich Deutschland auf die kommenden Ereignisse vor. Die ausländische Presse ist selbstverständlich bereits über alle wissenswerten Einzelheiten des neuen Angebots unterrichtet, trotzdem das übliche „strengste Stillschweigen" gewahrt ist. Erfreulicherweise kann festgestellt werden, daß die Regierung sich anscheinend nicht auf einen Kuhhandel in der Bemessung der Ziffern eingelassen hat, Endsumme wie Einzelzahlungen sind eben Größen, die nicht mehr in die Leistungsfähigkeit des Schuldners, sondern in Abhängigkeit von der Allgemeingestaltung der Dinge gerückt sind. Das Schwergewicht wird auf die Anregung einer Sachverständigen-Schätzungskommission, die auch in dem englischen Plane eine große Rolle spielt, sowie auf die Garantiefrage gelegt. In der letzteren Frage scheint die Regierung sich unabhängiger von den Angeboten der in Frage kommenden Wirtschaftskreise gemacht zu haben, als es anfangs den Anschein hatte. So beginnt denn wieder einmal der Vorhang über einem neuen Akte des deutschen Trauerspiels aufzugehen, der aller Voraussicht nach noch lange nicht der Schlußakt sein dürfte.

Paris und Brüssel.

„Ere Nouvelle" schreibt unter Hinweis auf die Bedeutung der französisch-belgischen Ministerkonferenz: Es nützt nichts, die peinliche Lage unter klingen Formeln zu verhüllen. Eines steht fest: es gibt **kein wirkliches Einvernehmen zwischen Paris und Brüssel.** Das von den Sachverständigen des belgischen Ministerpräsidenten Poincaré unterbreitete Programm stellt sich auf den ersten Blick als ein ausschließlich technisches dar. In Wirklichkeit aber handelt es sich um weit ernstere Dinge. Es wäre sehr leicht möglich, daß in der belgischen Hauptstadt gleichzeitig die Frage der Sicherheit und die Frage der Reparationszahlungen aufgeworfen würde. Es ist übrigens merkwürdig, daß wir in Paris immer weniger Interesse für die wirtschaftliche Seite des Programms zeigen. Unsere Alliierten, die gern zugestehen wollen, daß unsere zerstörten Gebiete auf Kosten des Feindes wiederhergestellt werden müssen, sind dagegen, daß wir uns eines finanziellen Versagens als Vorwandes bedienen, um das industrielle Deutschland zu unterjochen und uns Bürgschaften für unsere militärische Sicherheit zu verschaffen. Die belgische Regierung erstrebt wie die englische eine allgemeine Regelung, die die Interessen eines Jeden wahrt und die eine rasche Wiederherstellung des Wirtschaftslebens Europas und der ganzen Welt gestattet. Dieses Bestreben, das alle aktiven Geister, alle Kreise der Produktion und des Handels und alle arbeitenden Klassen beherrscht, scheint bis jetzt in den französischen Ministerratssitzungen nicht vorhanden zu sein. Im August 1914 haben wir es verstanden, alle freien Nationen um unsere Fahne zu scharen. Die Sache des gefährdeten Rechts war der wunderbare Diamant, um den sich alle Kräfte der Welt gruppierten. Heute stehen wir unmittelbar vor dem Augenblick, wo uns nur noch ein einziger Alliierter folgt: Belgien. Die öffentliche Meinung in Belgien erkennt unsere Auffassung in der westlichen Politik nicht mehr an. Sie zwingt ihren Führern eine diplomatische Schwenkung auf.

Nach der „Ere Nouvelle" muß es das **Ziel der französischen Politik** sein, nicht zu einer Vereinbarung über eine offene oder verschleierte Annexion, zu der durch die Schwierigkeiten Deutschlands hervorgerufenen, mit Scheingründen versehenen Dauerbesetzung des Ruhrgebiets, sondern viel mehr zu einer **internationalen Abmachung** sämtlicher Alliierten zu gelangen.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 5. Juni.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bemerkt Präsident **Loebe**, auf die Tagesordnung der ersten Sitzung nach der Pause seien nur kleinere Gegenstände gesetzt worden. Der Reichstag werde sich aber alsbald mit der schweren Notlage beschäftigen müssen, in die weite Kreise unseres Volkes durch den Markverfall und die Preissteuerung geraten seien, die bereits zu Unruhen in den verschiedensten Teilen des Landes geführt hätten. Der Präsident fährt fort: Die französische Regierung hat ihre Erpresserpolitik gegen den wichtigsten Teil des deutschen Wirtschaftsgebietes fortgeführt und gesteigert bis zum gesetzlich maskierten Totschlag, jahrzehntelanger Kerkerhaft und Verbannung von Hunderten unserer Landsleute. (Lebhafte Pfuirufe.) Unser Widerstand ist nicht zusammengebrochen, aber der Völkerhaß wird dadurch auf das schlimmste entfacht. Unter diesen Maßnahmen leidet nicht nur das besetzte Gebiet, leidet unser ganzes Land, und darum ist es unerhört, daß es noch Menschen gibt, die in einer solchen Lage rücksichtslos ihre Privatinteressen geltend machen und unsere Lage verschärfen **durch Wucher und Preistreiberei.** (Hört, hört!) Wir werden denen mit entschiedenen Maßnahmen entgegentreten müssen. Die Regierung wird der Not durch gesetzliche Vorschläge zu steuern versuchen, aber darüber hinaus wird auch den Abgeordneten eine ernste, schwere und verantwortungsvolle Arbeit erwachsen, wenn es gelingen soll, der Krisis Herr zu werden und dafür zu sorgen, daß Europa nicht in Anarchie versinkt. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident widmet sodann dem während der Ferien verstorbenen Abg. **Busch** (Z.) einen **Nachruf**, der von den Abgeordneten stehend angehört wird.

Abg. **Müller-Franken** (Soz.) beantragt schleunige Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation, die sich mit der durch das Scheitern der Markstützungsaktion herbeigeführten **Notlage** beschäftigt und schleunige Maßnahmen verlangt, um eine Anpassung der Sozialrenten, Löhne und Gehälter an die gestiegenen Preise zu erreichen und die Entwertung der Besitzsteuern durch eine Aenderung der Steuergesetze auszugleichen. Die Regierung soll aufgefordert werden, diese Interpellation schon morgen zu beantworten.

Abg. **Koenen** (Kom.) beantragt, die Sitzung auszusetzen bis die Regierung erscheine und zu der furchtbaren Notlage des Volkes, zu den Ereignissen im Ruhrgebiet und zu der geplanten neuen Note eine Erklärung abgebe.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Koenen abgelehnt und der Antrag Müller-Franken angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Spielkartensteuer geht ohne Debatte an den Steuerausschuß, der Entwurf über die Ausgabe wertbeständiger Schuldverschreibungen an den Rechtsausschuß und die Novelle zur Angestellten-Versicherung an den sozialpolitischen Ausschuß.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfes über eine **vorläufige Arbeitslosenunterstützung.**

Reichsarbeitsminister Brauns begründet die Vorlage. In dem Entwurf werde die Arbeitslosenfürsorge in enge Verbindung mit der Regelung des Arbeitsnachweiswesens gebracht. Die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge solle nicht mehr allein Sache von Reich, Ländern und Gemeinden sein, sondern durch eine **Pflichtversicherung** zu zwei Dritteln von den beteiligten Arbeitern, Angestellten und Arbeitgebern übernommen werden. Der Kreis der Versicherungspflichtigen werde sich mit dem der Krankenversicherung decken.

Abg. **Aufhäuser** (Soz.): Wir müssen im Ausschuß gründlich prüfen, ob die Erwerbslosenfürsorge auf dem Wege einer Versicherung geregelt werden kann und ob der vorgelegte Entwurf überhaupt mit der Verfassung vereinbar ist. Positive Vorschläge zur wirksamen Hilfe für die Arbeitslosen behalten wir uns für den Ausschuß vor.

Abg. **Eichhorn** (Komm.) bestreitet, daß die jüngsten Erwerbslosenunruhen von Kommunisten angestiftet seien. Die Lösung, welche der Entwurf zur Linderung der Not der Arbeitslosen versuche, müßten die Kommunisten unter allen Umständen ablehnen.

Abg. **Schwarzer** (Bayr. Volkspartei) stimmt dem Antrag auf Ausschußberatung zu und behält sich Verbesserungsanträge vor. Die Vorlage geht sodann an den sozialpolitischen Ausschuß.

Die vor Pfingsten zurückgestellten Ausschußentschließungen zum **Flüchtlings-Siedlungsgesetz** werden einstimmig angenommen.

Morgen nachmittag 2 Uhr: Strafprozeßreform.

Die Beratung der Interpellation Müller-Franken wird auf Wunsch des Arbeitsministers Brauns auf Donnerstag verschoben.

Schluß 5 Uhr.

Die deutsche Note wird mit großer Spannung erwartet.

Der für Donnerstag erwarteten Ueberreichung der neuen deutschen Note wird von der Presse mit großer Spannung entgegengesehen. Der Unterredung Baldwins mit Philippe Millet wird viel Beachtung geschenkt. „Westminster Gazette" ist der Ansicht, daß sich die Lage seit dem letzten deutschen Angebot **gebessert** zu haben scheint. — Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, auf beiden Seiten des Kanals nehme der Eindruck zu, daß der **Schlüssel für die augenblickliche Lage in Brüssel** sei. Es sei sicher, daß in den Augen der Brüsseler Regierung und zahlreicher einflußreicher Persönlichkeiten in Frankreich die Brüsseler Zusammenkunft der Ausgangspunkt umfassender Verhandlungen sein könne, von denen Großbritannien nicht ausgeschlossen werden könne. —

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt, die nächsten 10 Tage könnten eine **äußerst kritische Periode im Reparationsstreit** sein. Eine Konferenz zwischen den Vertretern der vier alliierten Mächte vor Ende des Monats sei keineswegs ausgeschlossen. Es sei zweifelhaft, ob zunächst deutsche Vertreter ebenfalls daran teilnehmen werden. Es sei wahrscheinlicher, daß, wie bei der Saarkonferenz 1920, eine vorherige Erörterung zwischen den Alliierten stattfinden werde, auf die sofort Verhandlungen folgen, an denen die Deutschen teilnehmen würden. In britischen Kreisen sei jedoch keine Neigung vorhanden, von den Vorschlägen Bonar Laws abzugehen. Nur einige der darin enthaltenen Ziffern müßten abgeändert werden. Die **Ruhrbesetzung habe zweifellos Deutschlands sofortige Zahlungsfähigkeit vermindert** und aus diesem Grunde könne ein längeres Moratorium als dies im Januarplan in Aussicht genommen wurde, notwendig sein. Bezüglich der Frage eines Erlassens der Großbritannien von den Alliierten geschuldeten Summen schreibt der Berichterstatter, es bestehe keine Aussicht darauf, daß England, welches jetzt Zinsen und Amortisation für seine amerikanischen Schulden bezahle, über den im Januar erzielten Punkt hinausgehen werde.

Der diplomatische Berichterstatter der „**Westminster Gazette**" schreibt dagegen, er erfahre, **Baldwin** wünsche, daß die Alliierten ihre Ansichten über die neue deutsche Note austauschen und wenn möglich eine **gemeinsame Antwort erteilen** und sei bereit, weitzugehen, um für Frankreich die Sicherheit zu erhalten, die es fordert. Die Fragen der **Neutralisierung des Rheinlandes** und der Streichung der interalliierten Schulden würden daher auf einer Konferenz erörtert werden. Die Regierung sei besonders interessiert an General Spears Plan betreffend **Entmilitarisierung des Rheinlandes** unter der Kontrolle des Völkerbundes oder unter interalliierter Ueberwachung.

Der diplomatische Berichterstatter des „**Daily Telegraph**" erklärt, Lord Cecil habe seine Zustimmung zu wenigstens einigen der Merkmale des von General Spear ausgearbeiteten Planes für die dauernde Entmilitarisierung des Rheinlandes unter der Völkerbundskontrolle ausgedrückt. Der Berichterstatter weist darauf hin, daß, abgesehen von den Extremisten, alle deutschen Politiker wünschten, einen **dauernden Friedenspakt der Westmächte** auf Grundlage der Gegenseitigkeit anzunehmen, dessen Grundsatz auch von **Curzon** in einer seiner letzten Reden über die Reparationen gebilligt worden sei. Es werde wohl keine leichte Aufgabe sein, eine Formel zu finden, der sowohl Frankreich als auch Deutschland zustimmen könnten. Bisher sei Poincaré sehr abgeneigt gewesen, **Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund** zu erwägen und auch Deutschland habe keine ausgesprochene Neigung gezeigt, ihm beizutreten, solange Amerika ihm nicht angehöre. Wenn jedoch das Reparationsproblem einmal geregelt sei, würde vielleicht das daraus entstehende Wohlwollen auf beiden Seiten den Weg für ein solches Uebereinkommen ebnen, wodurch die Westmächte tatsächlich die Völkerbundsgarantien unterschreiben würden.

„**Westminster Gazette**" schreibt, die Frage der Sicherheit für Frankreich und Belgien könne nicht gelöst werden durch Grenzberichtigungen oder militärische Vereinbarungen am Rhein. Die Versuche, sie durch derartige Methoden zu regeln, verbitterten nur die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und machten jede andere Lösung äußerst schwierig. Das Blatt ist der Ansicht, der Hauptpunkt, in dem, wie erwartet werden könne, Mc Kenna eine feste Linie verfolgen werde, sei die Notwendigkeit für eine **realistische Regelung** des **Reparationsproblems**. Kenna habe Deutschlands Hilfsquellen in Höhe einer sehr mäßigen Summe veranschlagt und er hege keine übertriebenen Gedanken bezüglich des deutschen Einkommens aus Auslandsguthaben, wie einige Leute dies täten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die neue deutsche Note wird Freitag früh veröffentlicht. Wie verlautet, steht nunmehr endgültig fest, daß die neue deutsche Note am Donnerstag nachmittag übergeben und am Freitag früh veröffentlicht werden wird.

Eine sozialdemokratische Anfrage zur wirtschaftlichen und politischen Katastrophe. Im Reichstage, der gestern wieder zusammengetreten ist, unterbreiteten die Sozialdemokraten eine Interpellation, in der auf die durch die gewaltige Preissteigerung drohende Gefahr einer wirtschaftlichen und politischen Katastrophe hingewiesen und gefragt wird: Gedenkt die Reichsregierung sofort die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um eine Anpassung der Renten und Unterstützungen, insbesondere für die Erwerbslosen, der Löhne und Gehälter an die bestehenden Preise zu bewirken? Ist sie bereit, die drohende völlige Entwertung der Besitzsteuer durch sofort zu treffende Aenderungen der Steuergesetzgebung hintanzuhalten? Welche Maßnahmen gedenkt die Reichsregierung zu treffen, um währungspolitisch einen weiteren Marksturz aufzuhalten und den Auswüchsen der Devisenspekulation zu begegnen? Will sie sich endlich entschließen, eine Zentralisierung und Kontrolle des Devisenverkehrs durchzuführen? (S. a. Reichstags-Bericht.)

Der kommunistische Landesverräter Eisenberger. Der bayrische Landtag hat mit den bürgerlichen Stimmen dem Beschluß des Ausschusses zugestimmt, nach dem der kommunistische Abgeordnete Eisenberger, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, verhaftet werden soll. Eisenberger hat sich der Verhaftung durch die Flucht entzogen.

Ein neues Weinsteuergesetz. Das Weinsteuergesetz vom 26. Juli 1918 tritt nach seinem Paragraph 53 am 1. Juli 1923 außer Kraft. Man hatte nämlich befürchtet, daß die Belastung des Weines sich für eine längere Dauer als wirtschaftlich nicht tragbar erweisen werde. Die Erfahrung hat gezeigt, daß Weinbau und Weinhandel sich ohne größere Schwierigkeiten mit der Besteuerung des Weines abgefunden haben. Bei der gegenwärtigen Lage der Reichsfinanzen kommt natürlich eine Beseitigung oder Verminderung der Weinsteuer nicht ernstlich in Frage. Man hat aber davon abgesehen, das Weinsteuergesetz einfach zu verlängern, weil es ohnehin mannigfacher Aenderungen bedarf. Grundgedanke des Gesetzes bleibt aber, daß die Weinsteuer vom Wert des Weines beim Uebergang auf den letzten Verbraucher erhoben wird. Eine Aenderung der Steuersätze ist nicht in Aussicht genommen, insbesondere auch keine Erhöhung der Steuer. Dagegen wird wahrscheinlich durch die vorgesehenen gemeindlichen Getränkesteuern auch der Wein in Zukunft noch neben der Reichssteuer belastet werden.

Die Beamten und der Reichsbund „Schwarz-Weiß-Rot" in Liegnitz. Nach einem Bericht der „Deutschen Zeitung" vom 22. Mai 1923 soll der Reichsminister des Innern, Oeser, durch besondere Verfügung bekanntgegeben haben, daß Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte dem Reichsbund „Schwarz-Weiß-Rot" in Liegnitz beitreten und für seine Ziele werben können. Diese Mitteilung ist irreführend. Der Reichsminister des Innern hat lediglich im Schriftwechsel mit einem Abgeordneten bestätigt, daß Reichs-, Landes- und Gemeindebeamte sich durch ihren Beitritt und durch Werbung und Sammlung von Unterschriften außerhalb des Dienstes für den Reichsbund so lange keiner Gesetzesverletzung schuldig machen, wie der Reichsbund sich an die in seiner Satzung festgelegten verfassungsmäßigen Ziele hält. Von einer besonderen Freigabe solcher Bestrebungen ist also nicht die Rede. Im Gegenteil hält der Reichsminister des Innern, ganz abgesehen von seinem persönlichen und verfassungsmäßigen Eintreten für die Reichsfarben, im gegenwärtigen Augenblick die auf eine Verfassungsänderung abzielenden Bestrebungen des Reichsbundes mit Rücksicht auf die Wahrung der gemeinsamen Abwehrfront für schädlich.

Die Berliner fordern Maßnahmen gegen die allgemeine Not. Die sozialdemokratische Partei von Berlin veranstaltete eine Reihe von Versammlungen, die sich mit der durch die Entwertung der Mark hervorgerufenen Teurung beschäftigten. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, die von der Reichsregierung ernsthafte, wirksame und schleunige Maßnahmen gegen die allgemeine Not der breiten Massen fordert. Die im einzelnen angeführten Forderungen der Resolution decken sich mit denen der von den Sozialdemokraten im Reichstage eingebrachten Interpellation.

Die Berliner Hoch- und Untergrundbahn stillgelegt. Die Belegschaften der Werkstätten und des Kraftwerkes der Berliner Hoch- und Untergrundbahn haben gestern mittag die Arbeit niedergelegt. Damit ist der gesamte Verkehr der Bahn stillgelegt. Es schweben zur Zeit Verhandlungen über die Lohnregelung und die Beilegung des Streiks.

Landarbeiterstreik. Aus Magdeburg wird berichtet: In einem Teil des Kreises Neuhaldensleben ist ein Landarbeiterstreik ausgebrochen. Die Notarbeiten werden zur Zeit noch besorgt, jedoch werden die Hauptarbeiten bei den Zuckerrüben verweigert. Die technische Nothilfe ist bereitgestellt.

Für die notleidende Bevölkerung im Ruhrgebiet sind weiterhin eingegangen: aus Christiania 105 Kr., Genf 3529 Franken, Valencia 2½ Millionen Mark und 688 Pesetas, Cincinnati 919 Dollars, Philadelphia 400 Dollars, Rio de Janeiro 500 Lire, Lima 1037 Lire, Blumenau (Brasilien) 430 holl. Gulden, Santiago 1000 Dollars, Quezaltenango 1450 Dollars, Cochambamba (Bolivien) 20 Millionen Mark, Bocas del Toro (Panama)

150 **Dollars. Eine Sammlung der sozialistischen Gewerkschaften in Merida (Mexiko) ergab 570 Pesos. Ferner** gingen aus Chihuahua (Mexiko) 180 Dollars, aus San Felin de Guixols (Spanien) 4000 Pesetas, aus San Salvador 56,6 Millionen Mark ein. Von der Stadt Eisenach und vom Gießener Anzeiger wurden je eine weitere Rate von 10 Millionen Mark dem Deutschen Volksopfer überwiesen, vom Reichsverband Deutscher Lohndampfpflüger in Berlin 585000 Mark.

Polen.

Die Einberufung Militärpflichtiger verschoben. Wie der Warschauer Kurier von zuständiger Stelle erfährt, wird die Einberufung des Jahrgangs 1897, die anfänglich für den 15. Juli angesetzt war, auf Anordnung der Militärbehörden verschoben. Die Entlassung der Reservisten des Jahrgangs 1896 erfolgt am 20. Juni, also drei Wochen früher als ursprünglich in Aussicht genommen.

Republik Oesterreich.

Ein kommunistischer Vorschlag abgelehnt. Als Antwort auf einen Vorschlag der Kommunistischen Partei zur Gründung eines gemeinsamen Aktionsausschusses gegen Kriegsgefahr und Faschismus veröffentlicht die Arbeiterzeitung ein ablehnendes Schreiben des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, in dem es u. a. heißt: Wir erklären ganz offen, daß wir in der Aufforderung zur Bildung eines gemeinsamen Aktionsausschusses nichts anderes sehen als einen der genugsam bekannten Versuche des kommunistischen Schwindels mit der Einheitsfront. Die Arbeiter Oesterreichs kennen die kommunistische Partei als bewußte Gegnerin einer solidarischen, disziplinierten proletarischen Aktion. Wir wissen, daß die Kommunisten von der Einheitsfront nur reden in der Absicht, den mächtigen proletarischen Organisationen Schaden zuzufügen.

England.

Schlechte Lage des Handels mit dem Ruhrgebiet. Der Sonderberichterstatter der Times in Köln schreibt, er erfahre von Vertretern wichtiger britischer Interessen, daß die Lage mit Bezug auf den britischen Handel mit dem Ruhrgebiet so schlecht sei wie nur je. Der Berichterstatter hebt hervor, daß die britische Handelskammer in Köln erkläre, daß die deutsche Regierung alles getan hat, was möglich war, um den britischen Handel mit dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zu erleichtern. An Ort und Stelle sehe man, daß die Franzosen unter keinen Umständen Waren aus dem Ruhrgebiet herauslassen.

Griechenland.

Zahlreiche Bulgaren interniert. Nach amtlichen Angaben sind zur Zeit 9045 Bulgaren, die aus Westthrazien gebürtig sind, in Griechenland interniert, davon 2565 auf griechischen Inseln und 6480 auf dem Festland.

Italien.

Zum Vorgehen gegen die Ruhrbesetzung. Der Abgeordnete Grandi (Katholische Volkspartei) hat an den Minister des Aeußern eine Anfrage gerichtet betreffs des von der Regierung bereits eingeschlagenen und in der Zukunft einzuschlagenden Vorgehens mit Bezug auf die Ruhrbesetzung, unabhängig von der technisch-politischen Seite des Problems der deutschen Reparationen. Er wies dabei hin auf die gegenwärtig im besetzten Gebiete herrschenden Wirren, die schwere Störungen der privaten und öffentlichen Verhältnisse, sowie neue internationale Verwicklungen befürchten ließen.

Amerika.

Die deutsche Sprache in nordamerikanischen Staaten. Der Oberste Gerichtshof hat das in den Staatsgesetzen von Nebraska, Iowa und Ohio enthaltene Verbot, in den Schulen irgend eine Sprache außer der englischen zu lehren, für nichtig erklärt. Diese Gesetze richteten sich gegen die deutsche Sprache. Der Oberste Gerichtshof betonte in dem Urteil, obwohl der Wunsch der Staatsregierungen, ein einheitliches Volk mit amerikanischen Idealen zu schaffen, im Hinblick auf die unglücklichen Erfahrungen des Weltkrieges lobenswert sei, ständen doch die von einigen Staaten angewandten Mittel im Widerspruch zu den Rechten derjenigen Staatsbürger, die deutsch zu lernen wünschten.

Japan.

Eine Verschwörung gegen den Staat. Reuter meldet aus Tokio: Hier sind mehr als 100 Kommunisten und führende Sozialisten verhaftet worden. Die Polizei versichert, sie habe eine Verschwörung gegen den Staat aufgedeckt.

Eine Hauptbahnlinie von den Franzosen besetzt.

Wie die „Kölnische Zeitung" aus Gelsenkirchen meldet, ist der schon seit langem erwartete große Zugriff der Franzosen auf der Hauptbahnlinie im mittleren Teil des rheinisch-westfälischen Industriegebietes gestern nacht erfolgt. Kurz nach Mitternacht trafen Alpenjäger vor den Bahnhöfen Herne, Wanne, Gelsenkirchen Hauptbahnhof, Katernberg-Süd und Altenessen ein. Von 4 Uhr an begann vor den Bahnhöfen eine scharfe Verkehrssperre. Bergarbeiter wurden durchgelassen, dagegen wurden Eisenbahnbeamte und Arbeiter festgenommen und in den Bahnhof geführt. Gegen 4 Uhr war die gesamte Eisenbahnlinie von Altenessen bis Herne besetzt. Gleichzeitig wurden französische Befehle angeschlagen, in denen die Militarisierung der Linie angezeigt wird und die deutschen Eisenbahner aufgefordert werden, binnen 48 Stunden zu erklären, ob sie für die Franzosen auf ihren Dienststellen arbeiten wollen oder nicht. Um 8 Uhr begannen unter Leitung französischer Offiziere, denen zahlreiche französische Eisenbahner beigegeben waren, die Verhandlungen mit den Eisenbahnern. Es besteht kein Zweifel darüber, daß nicht ein einziger deutscher Eisenbahner den französischen Forderungen Folge leisten wird. Gleichzeitig mit der Besetzung der Eisenbahnlinie wurde die Verbindungslinie Gelsenkirchen-Hauptbahnhof nach Schalke-Süd auf einige Meter aufgerissen und die Hafenbahn von den Hochöfen der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. zum Hafen am Rhein—Herne-Kanal besetzt. Der große Zugriff soll zweifellos dahin führen, daß die Franzosen in den Besitz der Kohlensteuer kommen. Dies teilten sie auch bereits der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. mit, die darauf antwortete, daß sie kein kohlenerzeugendes, sondern ein kohlenverbrauchendes Werk sei und daher für die Abgabe der Kohlensteuer nicht in Betracht komme. Dessen ungeachtet drangen gestern morgen mehrere Abteilungen Alpenjäger in die Werkanlagen ein, zogen sich jedoch später zurück.

Von der einzigen noch bestehenden Bahnlinie Bergeborbeck—Altenessen—Dortmund sind durch die Franzosen alle Stationen besetzt und mit Tanks und Maschinengewehren versehen worden. Damit ist das ganze Industriegebiet von Herne bis Duisburg und Düsseldorf auf den Verkehr mit der Straßenbahn angewiesen. Die Strecke Herne—Rauxel—Mengede—Dortmund soll von den Franzosen militarisiert werden. Nach in Münster vorliegenden Nachrichten besteht französischerseits die Absicht, die Nordstrecke nur bis Recklinghausen-Ost, die Südstrecke nur bis Steele-Nord in Betrieb zu lassen. Die neue Besetzung gilt der Ausbeutung der Haldenbestände der Zechen Hibernia, Zollverein, Rheinelbe, Dahlhausen, Ernestine, Katernberg, Helene usw. Die Eisenbahner von Altenessen und wahrscheinlich auch die der übrigen Bahnhöfe wurden diesmal von den Franzosen nicht fortgewiesen, sondern mußten sich in Reih und Glied aufstellen und ihren Namen und Wohnung angeben, wobei im Fall unrichtiger Angabe mit schwerer Strafe gedroht wurde.

Ein siebenjähriger Knabe erschossen!

Im Düsseldorfer Hafenviertel ist der **siebenjährige Sohn** eines zur Zeit arbeitslosen Hafenarbeiters von einem **französischen Soldaten erschossen** worden, der bei seiner Verhaftung angab, **von dem Kinde beleidigt** (!) worden zu sein. Der erschossene Knabe spielte mit einigen gleichaltrigen Kindern in der Nähe eines französischen Wachtlokals. Die Kinder riefen einem Soldaten der Wachtmannschaft im Scherz zu: „Monsieur, nicht Brot?", worauf der Soldat sagte: „Alles, weg!" Als die Kinder den Zuruf wiederholten, nahm der Soldat sein Gewehr, **legte an und schoß.** Der auf die Entfernung von 2 Metern abgegebene Schuß traf den Kleinen an der linken Schläfe und riß den ganzen Hinterkopf weg; die Hirnschale lag einen halben Meter von der Leiche entfernt. Der Täter wurde von dem wachthabenden Unteroffizier verhaftet.

60 Güterwagen zertrümmert.

Bei Lintorf ist ein **Eisenbahndamm gesprengt** worden. Dabei sollen **60 Güterwagen** und **1 Lokomotive zertrümmert** worden sein.

44 Millionen M. Erwerbslosengelder gestohlen.

Die Besatzungsbehörde hat den gesamten Kassenbestand der **Stadtkasse** in **Buer** in Höhe von **über 44 Millionen Mark** beschlagnahmt, die zur **Auszahlung an die Erwerbslosen** bestimmt waren.

Errichtung der Rheinischen Republik?

Aus dem Rheinland wird geschrieben: Die **Bestrebungen amtlicher französischer Kreise,** die auf die **Errichtung der Rheinischen Republik** abzielen, haben sich in der letzten Zeit außerordentlich verstärkt. So wird jetzt der Versuch unternommen, diese Propaganda in die Kreise der Düsseldorfer Beamtenschaft, und zwar sowohl der staatlichen wie der kommunalen hineinzutragen. Als Lockmittel wird u. a. gebraucht, daß Düsseldorf Sitz der Regierung sein würde, die Düsseldorfer Beamten würden, da sie in der Zentralbehörde arbeiteten, das Gehalt einer höheren Gruppe erhalten. Es wird weiter versucht, Listen in der Düsseldorfer Beamtenschaft in Umlauf zu bringen, in denen der einzelne Beamte durch Unterschrift sein Einverständnis erklärt, im Falle der Ausrufung der Rheinischen Republik seinen Dienst weiter zu versehen.

In der gleichen Richtung bewegt sich auch die französische Presse-Propaganda. Die Franzosen beabsichtigen, in der nächsten Zeit außer dem „Cote du Rhin" und dem „Deutschen Nachrichtenblatt" eine eigene größere Zeitung in deutscher Sprache herauszubringen, die in Düsseldorf gedruckt werden soll. Die Zeitung soll als Morgenblatt vierseitig in einer Auflage von 50000 Exemplaren erscheinen und außer dem Text auch Illustrationen enthalten. Die Besatzungsbehörde hat für den Zweck der Herausgabe dieser neuen Propagandazeitung die Druckerei des Düsseldorfer Zentrumsblattes „Düsseldorfer Tageblatt" beschlagnahmt.

Außer dem „Düsseldorfer Tageblatt", das infolge dieser Maßnahme nicht erscheinen kann, sind die volksparteilichen „Düsseldorfer Nachrichten" sowie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verboten, sodaß Düsseldorf augenblicklich ohne bürgerliche Zeitungen ist. Da die Berliner Blätter sämtlich und von den größeren rheinischen Blättern die „Kölnische Zeitung", die „Kölnische Volkszeitung" sowie die „Frankfurter Zeitung" ebenfalls verboten sind, so ist ein Zustand geschaffen, durch welchen die Franzosen die Vorbereitung ihrer separatistischen Bestrebungen zu fördern hoffen.

Juni-Neubestellungen

auf das werktäglich erscheinende Riesaer Tageblatt werden **heute noch** von den Zeitungsausträgern sowie zur Vermittelung an diese von der Tageblatt-Geschäftsstelle in Riesa, Goethestraße 59 (Fernsprecher 20) entgegengenommen.

•

Bezugspreis für Juni
durch Zeitungsboten frei Haus
Mk. 6500.—.

Der Hochverratsprozeß in München.

Der bisherige Verlauf des **Prozesses gegen Fuchs und Genossen** ergab ungefähr folgendes Bild: Die Verhandlungen mit dem **französischen Oberst Richert** führte in der Hauptsache Machhaus. Außer Geldmitteln sicherte Richert den Verschwörern auch Ausrüstungsgegenstände und Waffen zu. Richert gestand unumwunden die französischen Absichten auf das linke Rheinufer zu, gab jedoch keine bindenden Zusagen bezüglich der Pfalz; wohl aber sicherte er Bayern für den Fall, daß die Verschwörung zustande käme, die Mainlinie zu. Richert sprach die Erwartung aus, daß der Rücktritt des Kabinetts Cuno, der eine Folge des Putsches sein müßte, eine extrem linksradikale, den Absichten Frankreichs willfährige Reichsregierung ans Ruder bringen würde. Die Betätigung **Munks,** der tschechischer Staatsangehöriger ist, bestand darin, daß er mit einer Reihe leitender Regierungsmänner der Tschechoslowakei in Fühlung trat. Die militärischen Maßnahmen von **Fuchs** und **Machhaus** erstreckten sich auf die Bildung einer für den Umsturz erforderlichen bewaffneten Macht, welche sie in dem Bund „Treu Oberland", jetzt „Blücherbund" gefunden zu haben glaubten. Ihre innerpolitischen Maßnahmen zielten auf die Schaffung eines Regentschaftsrates mit diktatorischer Macht, sowie auf die Verhaftung der Regierung und der Parlamentarier hin. Diese Pläne entwarf Fuchs, der politische Kopf der Verschwörung. Als Zeitpunkt der Aktion war die Zeit zwischen dem 18. und 20. Februar festgesetzt. In wirtschaftlicher Beziehung war Machhaus mit Ungarn und der verstorbene Rechtsrat **Kuehles** mit italienischen Beamten ins Benehmen getreten. Bei dem Verhör behauptete Fuchs, lediglich eine **Abwehr gegen den Bolschewismus** beabsichtigt zu haben. Richert hätte man in Bayern viel zu verdanken; er hätte in der Frage der Entwaffnung stets zu Bayerns Gunsten geredet und viel erreicht.

Aus Lausanne.

Sitzung des politischen Komitees.

In der Montag-Nachmittagsitzung des politischen Komitees, das nach längerer Unterbrechung zum ersten Male wieder zusammentrat, wurde die neue Formel über die **Rechtsgarantien für Ausländer in der Türkei** endgültig angenommen. Es handelt sich dabei um eine Erklärung der türkischen Regierung, die in Anklang an die am 4. Februar vorgeschlagene sogenannte Montagnaformel die Ernennung **von ausländischen Rechtsbeiräten für die Türkei** vorsieht, die vom ständigen internationalen Gerichtshof vorgeschlagen werden und einem im Weltkriege neutralen Staate angehören müssen. Sie haben ihren Sitz in Konstantinopel und Smyrna und verfolgen, ohne irgendein Einmischungsrecht zu haben, die Rechtsprechung gegen Ausländer. — Was die territorialen Fragen betrifft, so genehmigte der Ausschuß die türkische Forderung, wonach nicht das linke Maritzaufer, sondern der **Talweg der Maritza die Grenze** bildet, sowie das Verbleiben der **Insel Merkob,** die eine Verlängerung von Imbros und Menedos bildet, bei der Türkei. Dagegen ließen die Türken ihren Anspruch auf **Castella Crizza** fallen, das bei Italien verbleibt, und verzichteten gleichfalls auf die **Donauinsel Adakale.** Die neue Grenze bei Karagatsch wurde in der gestrigen Sitzung nicht berührt. — Ferner wurden noch, abgesehen von einigen redaktionellen Fragen, die Artikel 152 und 153 über die Gültigkeit der während der alliierten Besetzung von alliierten Staatsangehörigen erworbenen Rechte und Interessen, sowie die Gültigkeit der Gerichtsurteile angenommen. Die Frage der türkischen **religiösen und Wohlfahrtseinrichtungen** in den abgetretenen Gebieten betrachten die Türken durch die Erklärungen der alliierten Nationen als erledigt. Die Dauer des **Niederlassungsabkommens** wurde auf sieben Jahre festgesetzt und auch eine Einigung über die **Amnestiefrage** erzielt. — Am nächsten Sonnabend soll die letzte Sitzung des politischen Komitees stattfinden.

Ein englischer Aufruf an die Völker und die Regierenden.

Die religiöse Gesellschaft der Freunde in England hat einen Aufruf an die Völker und die Regierenden gerichtet, in dem es heißt: Der **Vertrag von Versailles** hat Frankreich und der Welt weder Frieden noch Sicherheit gebracht. Durch seine Erzwingung wird der Militarismus in Europa fest verankert, der Friedenswille zerstört und der Geist der Rachsucht gestärkt. Uns bedrückt hauptsächlich seine grundsätzliche Immoralität. Es war unrecht, die Besiegten von der Friedenskonferenz auszuschließen, unrecht die Alleinschuld zu unterstellen und das Geständnis dieser Schuld durch die Waffe der Aushungerung zu erzwingen, und unrecht war es auch, das einem demokratischen Deutschland gemachte Versprechen besserer Friedensbedingungen bei Seite zu legen. Der Vertrag ist moralisch ungültig wegen mancher seiner Artikel, die, an sich ungerecht, ein Bruch der Bedingungen sind, unter denen die Zentralmächte ihre Waffen niederlegten.

Wir fordern zur **Revision des Vertrages** eine Konferenz, die einen neuen Stempel trägt. Ihre Mitglieder müssen gleichberechtigt zusammenarbeiten, nicht gebunden an die Bestimmungen des Friedensvertrages und frei von Herrschsucht, sie müssen die Lebensbedürfnisse des einfachen Mannes vertreten und nicht politische Ziele der Staatsmänner; sie müssen von dem Wunsche beseelt sein, ehrlich für das Gemeinwohl zu arbeiten.

England besteht auf Untersuchung der Saarverwaltung.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, die Meldung sei vollkommen unbegründet, daß die britische Regierung bereit sei, ihren Vorschlag an den Völkerbundsrat betreffend eine Untersuchung der Saarverwaltung zurückzuziehen, weil die Verfügung, die gewisse Freiheiten der Rede und der Presse beschränkten, aufgehoben oder vielleicht abgeändert werden würde. Es gäbe noch andere Fragen als diese besondere Verfügung, die behandelt werden müßten.

Die Verhandlungen des Völkerbundes.

Die **Abrüstungskommission** des Völkerbundes hielt am Montag unter dem Vorsitz von Schanzer-Italien die erste Sitzung ihrer 7. Session ab. Sie nahm Kenntnis von den Maßnahmen des Sekretariats zur Fortsetzung der Untersuchung über die **Abrüstung und Wirkungen des Chemischen Krieges.** Es wurde ihr ferner Mitteilung gemacht von einem Schritt des Völkerbundrates bei der **amerikanischen Regierung,** die ersucht wurde, anzugeben, in welcher Weise sie mit den anderen Regierungen zusammenarbeiten wolle zur Kontrolle der **privaten Waffenfabrikation** und **des Handels mit Waffen.** In Bezug auf diese Frage beschloß die Kommission den Völkerbundsrat einzuladen, auch bei anderen Staaten, die nicht Mitglied des Völkerbundes sind, anzufragen, ob sie gewillt wären, in dieser Angelegenheit mit dem Bunde zusammen zu arbeiten.

Die Opiumkommission genehmigte einen Vorschlag der französischen Regierung, der für den Schleichhandel mit Opium und anderen Betäubungsmitteln eine Verschärfung der bestehenden Strafen vorsieht. Die Kommission nahm Kenntnis von der amerikanischen Antwort, die zu den §§ 1 und 4 der angenommenen Resolution über die Beschränkung der Opiumfabrikation einige Abänderungsvorschläge macht. Sie nahm § 4 mit einer kleinen redaktionellen Aenderung nach den Vorschlägen der amerikanischen Delegation an.

Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte.

Dem Landtag ist soeben ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine Amnestie für Not- und Abtreibungsdelikte vorsieht, wie sie bereits angekündigt worden war. Danach sollen **Strafen wegen Verfehlungen, die aus Not begangen worden sind, erlassen werden,** wenn sie nur in Gefängnis oder Festung von höchstens einem Jahr oder in Geldstrafe von höchstens 80000 Mark bestehen. Außerdem sollen Strafverfahren solcher aus Not begangener Straftaten niedergeschlagen werden, wenn die zu erwartende Strafe voraussichtlich das oben angegebene Strafmaß nicht überschreitet. In § 2 heißt es: „Not setzt eine ernstliche wirtschaftliche, vom Täter nicht schuldhaft herbeigeführte Bedrängnis voraus, die ihn persönlich oder solche Angehörige betrifft, gegenüber denen er unterhaltungspflichtig ist." Auch **Strafen wegen Abtreibung werden erlassen,** doch nicht solchen Personen gegenüber, die die Schwangeren gröblich ausgebeutet oder auszubeuten versucht haben, ferner die ohne Einwilligung der Schwangeren gehandelt haben und die durch die Art der Abtreibung oder durch Vernachlässigung der erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen die Gesundheit der Schwangeren schwer gefährdet oder geschädigt haben. Auch die Strafverfahren werden in den entsprechenden Fällen niedergeschlagen. In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es u. a.: Der Ruf nach einer Amnestie für Notdelikte ist nicht nur begreiflich, sondern in unseren Tagen immer mehr zu einer neuen rein menschlich und sozial begründeten Forderung geworden. Der Anreiz, durch Straftaten der großen wirtschaftlichen Not abzuhelfen, hat immer neue Steigerung erfahren, die Straftaten aus Not greifen immer weiter um sich und deshalb erscheint es, um die betroffenen Volksgenossen vor völligem Elend zu bewahren, dringend geboten, ihnen durch eine Amnestie zu helfen . . . Nicht alle Notdelikte können amnestiert werden. Auch wer in Not ist, muß ernstlich bemüht bleiben, auf straffreie Weise sich Unterhaltungsmittel zu verschaffen. Zur Begründung der Amnestie für Abtreibungen heißt es: Eine in der Rechtswissenschaft und Kriminalpolitik schon seit längerem hervortretende Auffassung macht mit immer größerem Nachdruck geltend, daß in einer sehr großen Zahl von Fällen außer Leichtsinn, Verführung und Furcht vor Schande die wirtschaftliche Not den Beweggrund zur Abtreibung bildet.

SLUB
Wir führen Wissen.